

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis Prämienkonto:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus,
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Verwaltung
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gemeinschaftliche Vereins-
 und Besondere-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Christliche Arbeiterpflichten.“

So schief das Verhalten der Liberalen, Freisinnigen und Konservativen aller Schattierungen während des Wahlkampfes und gegenüber gewesen ist, die frommen Centrumsleute haben in keinem Punkte hinter ihnen zurückgeblieben. Die diesmal schärfer denn je aufgetretene literarische und Verleumdungspraxis, die in dem Volksverein für das katholische Deutschland ihren geistigen Mittelpunkt und in dem Kanzel und Weichstuhlführer politischen Kaplan ihren fanatischen Commiss gefunden hat, der Koppische Diktandbrief, die in Centrumsdiensten vollführten polizeilichen Bluttaten von Laurahütte und Zabrze sind Denkmale des Massenkampfes, die die vom Centrum in der letzten Reichstags-Session beliebte Mittelmethode in vollster Seelenharmonie mit konservativer Kaufholdenhaftigkeit würdig fortsetzen. Gerade das Uebermaß handgreiflicher Verdrehungen und Verleumdungen wird manchem bisher treuen Centrumswähler endgültig die Augen geöffnet haben. Aber nicht nur den Arbeitern und Bauern, auch den „Gebildeten“ sollte diesmal etwas Besonderes geboten werden, um sie bei der Centrumsfrage zu halten. Wir haben unsern Lesern eine Reihe darauf abzielender Preherzeugnisse und Broschüren vorgeführt und dabei insbesondere den Merkmalen „Grundfragen“ eine entsprechende Würdigung und Widerlegung zu teil werden lassen. Wenige Tage vor den Hauptwahlen ist nun von Centrumsseite eine „Antwort auf socialdemokratische Schlagworte“ erschienen, deren wir schon deshalb noch nachträglich registrierend gedenken müssen, weil sie sich zum guten Teile gerade mit jenen unsern Artikeln beschäftigt. Die „Widerlegung“ ist freilich anspruchslos genug, einfach einzelne Flugblätter des Volksvereins zusammenzufügen und neben einem einzigen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ wortgetreu solche der hiesigen „Germania“ abzudrucken, welche letztere zur Zeit das unbestreitbare Verdienst besaßen, das von uns gebrachte Material unterschlagen und auf jede unserer Entgegnungen geschwiegen zu haben. Wir heben daher in folgendem nur den einen Punkt hervor, der voraussichtlich für absehbare Zeit noch in unsern Agitation in katholischen Landestellen eine Rolle spielen wird. In geradezu klassischer Weise versucht nämlich das fromme Centrumselaborat in einer Anmerkung den famosen Hammerstein-Chatreinschen „Arbeiterkatechismus“, den wir durch unsern Artikel „Merkmalen Arbeiterregeln“ (Nr. 74 d. Bl.) aus seiner idyllischen Beschaulichkeit in das breitere Licht der Öffentlichkeit gerückt haben, abzuhaken und dem „arbeiterfreundlichen“ Merkmalismus, vor allem dem Centrum von den Hochschöhen zu schütteln. Da heißt es:

„NB. Die socialdemokratische Presse, insbesondere eine Broschüre „Christliche Arbeiterpflichten“ (Berlin, Vorwärts 1903) suchen aus einzelnen Sätzen des „Arbeiterkatechismus“ von Hammerstein (Erler, Paulusdruckerei 1903) das „Centrum“ als Gegner des Streikrechts hinzustellen. Demgegenüber ist zu betonen, daß jene kurzen Sätze nicht den Anspruch erheben, eine alle, auch die verwickeltesten Fälle betreffende „Entscheidung“ zu geben. Uebrigens hat nicht das Centrum, sondern ein privater Verfasser jenen „Arbeiterkatechismus“ herausgegeben.“

In dieser kurzen Notiz wird zunächst die Mitthäterschaft des Jesuiten Cathrein, der die neueste Auflage des „Arbeiterkatechismus“ superrevidiert hat und der demzufolge für dieselbe die volle moralische Verantwortung trägt, verschwiegen. Es ist ja mißlich und fatal, wenn ein Mann, der auf literarischer Seite als der beste Kenner des Socialismus gilt und sonst über den Schellenhaus gelobt zu werden pflegt, der die eben erschienene siebente Neuauflage seiner Kritik des Socialismus mit dem Hinweis begleitet, das Werk sei bereits „ins Spanische, Französische, Englische, Italienische, Polnische, Slawische, Böhmisches und Ungarische überetzt“, und der Bischof von Münster habe es in einem eignen Erlaß seinem Aleris angelegentlich zu eifrigem Studium empfohlen. — es ist mißlich, wenn die ökonomische Weisheit eines solchen Mannes auf die banalsten und abgedroschensten liberalen Lathenstücker festgenagelt wird. Leider sind wir jedoch in der Lage, konstatieren zu müssen, daß die Ausführungen des Arbeiterkatechismus mit den Darlegungen im Cathreins zweibändigen „Moralphilosophie“, die von den kirchlichen Behörden genehmigt, sowie von der gesamten Merkmalen Presse stets als Wert ersten Ranges gepriesen und auf das warmste empfohlen worden ist, aus der die Kritik des Socialismus nur einen Sonderabdruck darstellt, sich durchaus decken. Doch damit nicht genug, sehen die bedeutendsten deutschen Theologen des Jesuitenordens, die Meyer, Lehmann, Bsch, Richter u. s. f. auf dem Hammerstein-Cathreinschen Standpunkte. Um das Maß voll zu machen, erheben alle diese Theologen den ausdrücklichen Anspruch, sich in voller Uebereinstimmung mit der in der Arbeiter-Encyklika niedergelegten „Lehre“ Leon XIII. zu befinden, die ja auch für das Centrum verbindlich ist, mag sie ihm in einzelnen Punkten noch so un bequem sein.

In der That zeigt schon eine bloße Gegenüberstellung des Wortlautes, daß der „Arbeiterkatechismus“ gerade in seinen ausgeprägtesten Punkten, in seiner Stellungnahme zu den Fragen vom Streik, Lohn und Vergesellschaftung der Produktionsmittel nichts anderes ist als eine Ausschreibung des Textes der Arbeiter-Encyklika selbst. So heißt es z. B.

in dem „Arbeiterkatechismus“, daß, wie die Dinge im praktischen Leben liegen, ein Streit nur in seltenen Fällen als erlaubt zu betrachten sei, daß selbst ein Streik unter unermesslicher Streik unerlaubt werde, wenn die Arbeiter die „Not“ des Arbeitgebers mißbrauchend irgend welche unbillige Vorteile, wie „übermäßigen“ Lohn u. a. herauszuschlagen versuchen; „Gefehet z. B. der Arbeitgeber hatte bestimmte Lieferungen übernommen, die er nicht einhalten könnte im Falle eines Streiks; gefehet die Arbeiter würden diese seine Verlegenheit benutzen, um übertrieben günstige Bedingungen von ihm zu erhalten; so wäre das eine Erpressung“. Die Encyklika faßt den gleichen Gedanken nur in andre Worte, wenn sie den arbeitenden Ständen folgende Verpflichtungen einschärft: „vollständig und frei die Arbeitsleistung zu verrichten, zu welcher sie sich frei und mit gerechtem Vertrage verbunden haben; den Arbeitsherrn weder an Habe noch an Person Schaden zuzufügen; in der Wahrung ihrer Rechte sich der Gewaltthätigkeit zu enthalten und in keinem Falle Auslieferung zu stützen; nicht Verbindung zu unterhalten mit schlechten Menschen, die ihnen trügerische Hoffnungen vorpiegeln und nur bittere Enttäuschung und Ruin zurüchlassen.“ Ist es da verwunderlich, daß unser Jesuit empfehlen kann, der katholische Arbeiter „sollte seine Kinder nicht mit den Kindern von Socialdemokraten spielen lassen, damit sie nicht von diesen und deren Eltern schlechte Dinge hören!“ Betreffs der Lohnhöhe fragt der „Katechismus“: „Liebt es Fälle, in welchen der Arbeitgeber ohne Ungerechtigkeit einen geringeren Lohn zahlt als den, von welchem der Arbeiter mit seiner Familie leben kann?“ und er antwortet: „Ja. Solche Fälle treten ein, wenn durch außerordentliche Umstände, z. B. durch Arbeitsstörung der Aufschwung der Arbeit unter den Herstellungswert herabsinkt, d. h. wenn allgemein die Arbeit nicht so teuer bezahlt wird, als nötig ist, um dem Arbeiter den Lebensunterhalt zu verschaffen.“ In derselben Weise spricht die Encyklika nur von einem für den einzelnen Arbeiter, nicht von einem für seine Familie genügenden Lohn. „Hat jeder ein natürliches Recht, den Lebensunterhalt zu finden, so ist hinwieder der Dürftige hierzu auf die Handarbeit notwendig angewiesen. Wenn also auch immerhin die Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, insbesondere hinsichtlich des Lohnes, beiderseitig frei geschieht, so bleibt doch immerhin eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit bestehen, die nämlich, daß der Lohn nicht etwa so niedrig sei, daß er einem genügsamen, rechtschaffenen Arbeiter den Lebensunterhalt nicht abwirft.“ Als ein belgischer Bischof sich im Jahre 1892 mit der ausdrücklichen Anfrage an den päpstlichen Stuhl wandte, ob der Arbeitslohn auch zur Erhaltung einer Familie ausreichen müsse, ward ihm die Antwort, die Arbeit sei das persönliche Werk des Arbeiters und nicht seiner Familie; es werde nicht von der Gerechtigkeit gefordert, daß man dem durch die Arbeit selbst verdienten Lohne etwas hinzufüge. „Darum soll der Herr, welcher Almosen spenden kann, das vorzüglich zu Gunsten seiner Arbeiter thun, indem er ihnen aus Liebe das giebt, was er aus Gerechtigkeit durchaus nicht zu thun gehalten ist, damit der so vergrößerte Lohn weniger ungenügend sei zum Unterhalte der Familie des Arbeiters.“ Nach Hammerstein-Cathrein soll ferner der Arbeitgeber für das Wohl seiner Arbeiter sorgen, „indem er keine Arbeiter duldet, welche den übrigen durch schlechte Reden, durch Verbreitung schlechter Schriften oder in anderer Weise eine Verführung wären zum Unglauben, zur Unwilligkeit oder zur Socialdemokratie“. Die Encyklika rüft ebenfalls den Arbeits „herren“ zu: „Haltet auch die gebührende Rücksicht auf das geistige Wohl und die religiösen Bedürfnisse der Arbeiter; ihr seid verpflichtet, ihnen Zeit zu lassen für ihre gottesdienstlichen Übungen; ihr dürft sie nicht der Verführung und sittlichen Gefahren bei ihrer Verwendung aussetzen.“ Der „Arbeiterkatechismus“ ist so sehr von den Schönheiten der kapitalistischen Eigentumsordnung durchdrungen, daß er sich zu der Behauptung versteigt, jede gesellschaftliche Produktion werde schließlich Placko machen, weil „niemand mehr ordentlich wird arbeiten wollen, wenn es ihm unmöglich gemacht würde, ein Kapital zu erwerben“. Die Encyklika stellt anstatt dessen in sonderbarem Gegenfah zu ihren Anforderungen an die Höhe des Lohnes den gerade durch die kapitalistische Gesellschaft Merkmalen wie nichtmerkmalen Schloßes wirkungslos gemachten Grundfah auf, wonach ein dringendes Gefeh der Natur verlangt, daß der Familienvater den Kindern den Lebensunterhalt und alles Nötige verschaffe, und die Natur leitet ihn an, auch für die Zukunft der Kinder zu sorgen. . . . Wie soll er aber jenen Pflichten gegen die Kinder nachkommen, wenn er ihnen nicht einen Besitz, welcher fruchtet, als Erbe hinterlassen darf?“ Nach dem Katechismus wäre die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur die notwendige Vorstufe zum weitergehenden Gitterkommunismus. Ganz in der gleichen Weise spricht auch die Encyklika von der Behauptung der Socialisten, „jeder private Besitz müsse aufhören, um einer Gemeinschaft der Güter Platz zu machen, welche mittels der Vertreter der städtischen Gemeinwesen und durch die Regierungen selbst einzuführen wäre. Sie wännen, durch eine solche Uebertragung alles Besitzes von den Individuen an die Gesamtheit alle Mißstände heben zu können, es mühte nur einmal das Vermögen und deren Vorteile gleichmäßig unter den Staatsangehörigen verteilt sein.“

Schon diese Gegenüberstellungen beweisen, daß es sich in dem fraglichen „Arbeiterkatechismus“ in keiner Weise um „die

privaten Ansichten eines privaten Verfassers handelt. Dieselben gehen vielmehr auf die höchste autoritative Stelle des Merkmalismus zurück, und das Centrum selber hat häufig und klar genug gezeigt, daß auch ihm jene „Privat“ansichten nahe genug liegen, so sehr es sie auch vor unberufenen Augen durch einen verlogenen arbeiterfreundlichen Firnis schützen und verkleistern möchte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli.

Geld oder Leben!

Eine eigentümlich zurückhaltende Berichterstattung sorgt dafür, daß die Verhältnisse, die im Pommerbank-Prozess enthalten werden, nicht in ihrer ganzen Strahtheit an die Öffentlichkeit gelangen. So wurde kürzlich nur gemeldet, daß das Berliner „Kleine Journal“ der Immobilien-Verkehrsbank 25 000 Mk. Anteilsscheine ausgehängt hatte.

Thatsächlich lagen die im Prozess vorgebrachten Dinge noch viel schlimmer und die Berichterstattung hat die wesentlichste Thatsache unter den Tisch lassen, daß diese 25 000 Mk. — oder vielmehr richtig: 50 000 Mk. — der Bank direkt mit dem Revolver abgepreßt worden sind.

Wir tragen diese von der Berichterstattung nicht gemeldeten Einzelheiten nach.

Zeuge Korke (Angestellter der Pommerbank) sagt aus: Am 10. Juni 1901 schrieb die Immobilien-Verkehrsbank an Leipziger, den Herausgeber des „Kleinen Journals“, von dem sie zwei Accepte vorgehanden hatte, eines über 25 000 Mk. am 1. 10. 1900 ausgestellt und eins über 24 500 Mk. am 2. 1. 1901 ausgestellt, er möchte diese Accepte einlösen oder Zahlungsvorschläge machen. Darauf kam er am nächsten Tage persönlich hin und sagte zu Korke, daß von Rückzahlung keine Rede sein könne, denn es sei kein Darlehen, sondern das Geld sei als Geschäftsanteil gegeben, er (L.) hätte dagegen die Verpflichtung übernommen, Geschäftsanteile des „Kleinen Journals“ in Höhe von 50 000 Mk. an die Immobilien-Verkehrsbank zu übereignen.

Kun hat sich in den Akten das befolgende Schreiben des verstorbenen Generalkonsuls Goldberger vorgefunden. An wen es gerichtet ist, geht aus dem Briefe nicht hervor, da das Couvert fehlt. Das in der Prozessverhandlung verlesene Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr!

Herr Stutterich teilt mir soeben Ihren abgelehnten Bescheid wegen Dr. Leipziger mit. Ich glaube, Sie thun sehr unrecht und fügen dem Institut eventuell unberechenbaren Schaden zu, da erstens Herr Dr. Leipziger nichts geschenkt haben will und die Ihnen offerierte Verpändung eines Anteils seines Blattes als eine mehr als genügende Sicherheit zu betrachten ist. Eine feindselige Haltung des „Kleinen Journals“ ist wohl mehr als zu vermeiden, und die Macht des Blattes darf nicht unterschätzt werden, es kann unter Umständen geradezu verhängnisvoll werden. Das Blatt ist von — unleserlich — gegründet worden als G. m. b. H., also ein Anteil vollständig sicher. In dieser Zeit, wo die mächtigsten Institute durch Zeitungsnöthen ins Wanken gebracht werden können, wäre es geradezu ein großer Fehler Ihrerseits, sich der Freundschaft des Dr. Leipziger nicht zu versichern. Ich spreche dabei nur in Ihrem Interesse und glaube Ihnen einen noch größeren Dienst eventuell zu erweisen, wenn Sie Dr. Leipziger ganz zu dem Jübrigen machen. . . . Ich kann nur wiederholen, daß ein Refus unabsehbaren Schaden bringen könnte.

Ihr Georg Goldberger.

Herr Romeid hat also — wie auch schon beim Pressklub — nicht die Initiative zu seinen Presselenden gegeben. In diesem Falle wollte er nicht anbeissen. Es bedurfte erst der dringenden Vorstellungen des Vermittlers, um ihn zugänglich zu machen. Der Vermittler läßt, wie uneigennützig immer, doch sehr hörbar den Revolver knallen. Dieser sturmerprobte Geschäftsmann sagt es ganz deutlich heraus, wie er sich das Verhältnis der Bank zur Presse denkt: Man muß die Presse kaufen, um sie nicht zum Feinde zu haben. Den Revolver oder das Leben — das ist die Wahl.

Man behauptet, daß im Deutschen Reich eine eigentliche Revolverpresse ausgefordert sei. Der Brief des Herrn Georg Goldberger verrät eine andre Anschauung. Er hält es für ganz selbstverständlich, daß man sich die gute Bestimmung der Presse etwas kosten lassen muß.

Die Komik der Sache liegt aber darin, daß gerade zu jener Zeit, als Herr Leipziger auf die Pommerbank oder ihre Tochterbank mit dem Revolver losging, man täglich in seinem „Kleinen Journal“ tolle Verherrlichungen der Monarchie und ihres Oberhauptes lesen konnte und zugleich blutdürstige Demunziationen gegen die Socialdemokratie. So war also sowohl der blutdürstige Byzantinismus wie der Kampf gegen den Umsturz mit — Pommerbankgeld bezahlt!

Ein Leser schickt uns eine Nummer des inzwischen eingegangenen „Berliner Fremdenblattes“ vom 14. Februar 1887 ein. Das Blatt stand in dem Ruf, von Hofdamen gelesen zu werden und war außerdem bei dem Reichpublikum in den Hotels verbreitet.

Da liest man folgende Lobausdrücke über die jetzt auf der Anklagebank sitzenden Direktoren:

Pommerische Hypotheken-Bank

Der uns vorliegende Geschäftsbericht des obigen Instituts für das Jahr 1896 zeugt wiederum von der überaus unsichtigen, soliden und geschäftsgewandten Leitung des Unternehmens, das bekanntlich sein Ansehen und seine Bedeutung lediglich der überaus segensreichen Wirksamkeit der an der Spitze stehenden Direktoren verdankt.

Und gleich dahinter — wohlgerichtet im redaktionellen Teil! —

Mecklenburg-Strelitzische Hypothekbank.
Wenn auch das obige Institut erst im vorigen Jahre gegründet worden ist, so konnten diejenigen, welche die an der Spitze des Unternehmens stehenden Direktoren kannten, deren Geschäftstüchtigkeit sich als eine wohlprobierte erwiesen hat, berechnete Hoffnung auf ein befriedigendes Resultat schon nach dem ersten Geschäftsjahre haben. Diese Hoffnung hat sich erfreulicherweise und wie nicht anders zu erwarten war, als seine trügerische erwiesen, denn die Direktoren der Pommerischen Hypothekbank, welche auch die Leitung der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekbank in Händen haben, legen auch hier wieder eine Probe ihres Könnens ab. Es ist natürlich, daß die Wähler so überwiegendliche Censuren nicht um der schönen Augen der „unsichtigen, soliden und geschäftsgewandten“ Direktoren ausstellen!

Schlimmer als die Wilden.

Die Erfolge ultramontaner Volkserziehung kennzeichnen die Verhandlungen, welche am Freitag und Sonnabend vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Mainz stattfanden. Wegen „Störung gottesdienstlicher Verrichtung auf dem Friedhofe“, „Bedrohung und thätlicher Beleidigung“ des freireligiösen Predigers Frhn. v. Zucco und Succagna waren 19 Einwohner des ultramontanen Ortes Gaubiddeheim in Rheingebirge angeklagt.

Die Angeklagten sind im Alter von 17 bis 60 Jahren. Am 27. Dezember v. J. wurde auf dem Friedhof in Gaubiddeheim ein Landwirt beerdigt, dessen Lechter Wunsch gewesen war, daß ein freireligiöser Prediger ihm die Leichenrede halte. Der freireligiöse Prediger in Mainz, Frhr. v. Zucco und Succagna kam diesem letzten Wunsch des Verstorbenen nach.

Aber schon vor Beginn der Leichenfeier hatten sich auf dem Friedhof zahlreiche Personen in Bekleidungsstücke, die meisten mit brennenden Pfeifen oder Cigaretten im Munde, vor dem offenen Grabe eingefunden. Als der Prediger mit der Leichenrede begann, wurde er durch laute Rufe unterbrochen: „Pfi! Pfi! Wir sind katholische Christen! Schmeiß doch den Kerl in das Grab!“ usw. Als der Prediger trotzdem weiter sprach, entstand ein fürchterlicher Skandal. Die fanatische Menge drang auf den Prediger ein, einige Leute sprangen über das offene Grab. Der Prediger wurde gestochen, geschlagen und mit Erbschollen beworfen.

Auch die Leidtragenden wurden von den Fanatikern beschimpft. Die Menge schrie den Prediger an: „Du Socialdemokrat, Du roter Spießhülse, Schuft, schlag ihm den Schädel ein, wir sind Katholiken und wollen es bleiben, wir brauchen solch roten Prediger-Kerl nicht!“ etc. Einer versuchte von einem Grabe ein Kreuz los zu reißen und als ihm dies nicht gelang, nahm er einen Pfahl, auf dem der Sarg ruhte, und wollte damit auf den Prediger einschlagen. Schließlich mußte dieser sich unter den Schutz der herbeigeeilten Gendarmen begeben, die die Hauptstadtmacher verhafteten.

In der Verhandlung trat der Prediger als Nebenkläger auf, die Verteidigung hatte der frühere ultramontane Reichstags-Abgeordnete für Mainz, Dr. Schmitt, übernommen. Es stellte sich heraus, daß der katholische Pfarrer in Gaubiddeheim in letzter Zeit durch Artikel, die er in einem Centrumsblatte gegen den freireligiösen Prediger veröffentlichte, die Menge gegen ihn aufgehetzt hatte.

Nach Vernehmung von 75 Zeugen beantragte der Staatsanwalt Strafen von 3 bis 11 Monaten und zwei Wochen. Denn bei der Strafzumessung sei zu berücksichtigen, daß die Angeklagten auf einem Friedhofe, der selbst Wilden heilig sei, einen Unfug verübt hätten, der seines gleichen suche. Das Gericht erkannte auf Grund des § 168 des Strafgesetzbuches für 15 der Angeklagten auf 3/4 Monate bis 3 Tage Gefängnis, vier wurden freigesprochen. — Das ist die Kerlische Toleranz!

Selbst angeht des offenen Grabes beschimpft und mißhandelt die durch Kerlische Verheerung fanatisierte Menge Andersdenkende. Das sind die Erfolge ultramontaner „Aufklärungsarbeit“.

Es ist nicht auszudenken, welche Ausstrahlung über Arbeiter verhängt werden würden, die etwa solche Szenen auf dem Kirchhof gegen einen katholischen Geistlichen aufzuführen würden. Man würde nicht nur strafen, man würde auch nach Umsturzesregeln schreien.

Dieser Kirchhofprozess beweist, was auch die Wahlkollation zeigte, daß die Brutalität der Roheit die Herrenseite des Centrums sind. In der Socialdemokratie und im Centrum finden die beiden gegensätzlichen Welten ihren Ausdruck: Kultur und Barbarei!

England und Frankreich.

London, 4. Juli. (Fig. Ver.)

M. Emile Loubet, der Präsident der französischen Republik, trifft diesen Montag, den 6. Juli, in London ein, um den Besuch zu erwidern, den König Eduard VII. in der letzten Aprilwoche 1903 dem französischen Volke abgetattet hat. Die Vorbereitungen, die hier zu seinem Empfang getroffen werden, sind ungewöhnlich umfassend. Männer der Wissenschaft, Kunst, Finanz und Politik wetteifern mit einander, der französischen Nation in der Person ihres Präsidenten Achtung und Freundschaft zu bezeugen. Die Briten sind offenbar bestrebt, die zwanzigjährige Freundschaft (1882—1902), die zwischen England und Frankreich herrschte, auszulösen, und die alte Freundschaft, die beide westeuropäischen Großmächte in den fünfzig Jahren von 1830—1882 verband, wieder zu erneuern. Das britische Völkertum, die herrschende Klasse Englands, hat nicht soviel politisches Wissen als politischen Instinkt. Es fühlt das politische Richtige; es wünscht und fördert politische Maßregeln, die seinen Interessen dienen, und ergreift sie, sobald die Gelegenheit sich hierzu bietet.

Dies ist, nebenbei gesagt, die Charakteristik aller Klassen, die wirklich herrschen. Sie erwerben sich diesen Instinkt im Kampfe um die Herrschaft und in der ununterbrochenen Wachsamkeit gegenüber den Regungen der Arbeiterklasse. Die englische Weltpolitik ist nicht offiziell. Sie wird außerhalb des Kabinetts gemacht; ja, die englische Kolonialpolitik wurde zum großen Teile gegen den Willen der offiziellen Regierung gemacht. Im gegenwärtigen Momente fühlt das herrschende England, daß es ein Einverständnis mit Frankreich haben muß. Es wartet deshalb gar nicht erst auf offizielle Winke, sondern es ergreift die Initiative zur Annäherung freundschaftlicher Verhältnisse mit Frankreich. Diese politischen Bestrebungen machen sich bald nach dem Abschluß des südafrikanischen Krieges bemerkbar. Die Presse, die Handelskammern und die Parlamentarier gaben ihr Ausdruck, und an zahlreichen Ereignissen konnte man sehen, daß ein englisch-französisches Einverständnis im Werden begriffen ist. Auch dem Grafen Balfour ist das Werden dieser neuen politischen Verbindung nicht entgangen. Deshalb kam der deutsche Kaiser im November nach London. Aber es half nichts mehr. Die herrschende Klasse Englands

hat sich aber die deutschfreundliche Politik Mr. Balfours hinweggesetzt und seine Annäherung an Frankreich verlangt.

König Eduard VII. ging Ende April 1903 nach Paris und sprach von einer englisch-französischen Annäherung. Seine Reise war erfolgreich, denn am 5. Mai konnte Lord Lansdowne aller Welt in bestimmtester Weise erklären, daß England es weder Deutschland noch Rußland gestatten würde, sich am Persischen Meerbusen niederzulassen. Gleichzeitig wurde den marokkanischen Wirren alle Kriegsgefahr genommen und Frankreich durfte ungehindert eine Strafexpedition nach dem Südoften von Marokko unternehmen.

Jetzt kommt Loubet nach London. Seine Reise gilt nicht nur der Höflichkeit, sondern auch politischen Zwecken. Es scheint sogar, daß sie hauptsächlich politischen Zwecken gewidmet ist. Außerlich zeigt sich dies schon darin, daß der französische Präsident vom Minister des Äußern M. Delcassé begleitet wird. Denn allem Anschein nach ist auch Frankreich zur Ueberzeugung gelangt, daß es in seinem Interesse liege, sich mit England zu verständigen. Frankreich hat ohne Zweifel gegenwärtig die beste Gelegenheit, positive Vorteile von England und vielleicht auch von Rußland zu erlangen.

Die diplomatische Lage beider Mächte ist etwa wie folgt. England bedarf der Sicherheit der Mittelmeerstraße, deren westlicher Teil sich aber in der Gewalt Frankreichs befindet. Frankreich hat in den letzten Jahren die größte Aufmerksamkeit der Mittelmeerpolitik gewidmet, wobei sich der französische Gesandte in Rom, M. Camille Barrère, der als Kommune-Flüchtling in London äußere Politik lernte, besonders auszeichnete. Dann wünscht England den Verzicht Frankreichs auf die Fischereirechte in der britischen Kolonie Neufundland, die oft zu Konflikten zwischen Briten und Franzosen führen und eine Quelle von Erbitterung sind. Ferner wünscht England die Neutralität Frankreichs im Falle eines englisch-russischen Konflikts in Mittelasien, ebenso die Freundschaft Frankreichs, um die deutsche Weltpolitik in Schranken zu halten. Schließlich eine definitive Grenzabstufung in Siam, die die Unabhängigkeit des jetzigen Königreiches Siam, des Pufferstaates zwischen den britischen und französischen Besitzungen, sichert.

Demgegenüber verlangt Frankreich von England freie Hand in Nordafrika, eine günstige Grenzabstufung in Westafrika. Dann wünscht Frankreich die Unterstützung seiner Ansprüche auf Syrien im Falle einer Aufstellung der Türkei. Schließlich die Sicherung der Fischereirechte in Neufundland und eine Teilung der Neuen Hebriden, so daß die südlichen Inseln an Frankreich, die nördlichen an Australien fallen sollen.

Um diese Punkte dürften sich die Unterhandlungen zwischen Delcassé und Lansdowne und Chamberlain drehen.

England dürfte bereit sein, Frankreich in den meisten Punkten entgegenzukommen. Lansdowne wird sich nicht sträuben, die französischen Ansprüche auf Syrien anzuerkennen. Er wird ferner Nordafrika, mit Ausnahme der nordwestlichen Spitze (Tanger, Ceuta), die zur Sicherung Gibraltars nötig ist, den Franzosen preisgeben. Die Grenzabstufung in Westafrika vollzieht sich bereits, und wie die Franzosen glauben, zu ihren Gunsten. Die Schwierigkeit liegt nur in Neufundland. Die Einwohner Neufundlands, dieser ältesten britischen Kolonie, sind gegen die französischen Forderungen seit jeher erbittert und bestürmen das britische Kolonialamt mit Bitten und Drohungen, den Utrechter Frieden (1713), der den Franzosen die Fischereirechte überließ, zu befeitigen. So unerheblich diese Frage an sich sein mag, so hat sie doch durch die langen Kämpfe eine politische Bedeutung erlangt, die nicht zu unterschätzen ist. In den letzten 20 Jahren kam es darüber dreimal zu langwierigen Unterhandlungen zwischen England und Frankreich, ohne einen befriedigenden Ausgleich gefunden zu haben. Frankreich wird dort seine Rechte nicht so leicht aufgeben, aber auch der status quo ist nicht aufrecht zu erhalten, da er die britisch-französischen Beziehungen verbittert. Es wird der ganzen Klugheit Delcassés und Chamberlains bedürfen, um die neufundländische Frage zu regeln.

Anderswärts dürfte Frankreich bereit sein, unter gewissen Garantien den Engländern die Mittelmeer-Route zu sichern. Ebenso wird es nicht schwer sein, eine britisch-französische Abmachung gegenüber Deutschland zu stande zu bringen. Ja, in Deutschland darf man bereits mit der Thatfache rechnen, daß es, so oft Frankreich in Frage kommt, nicht nur Rußland, sondern auch England gegen sich haben wird. Noch mehr: die deutsch-französischen Beziehungen werden sich nunmehr noch deklarer gestalten. Man erinnere sich nur an Derouleddes Mahnung an seine Genossen, den König von England höflich in Paris zu empfangen.

Dagegen wird England für die Neutralität Frankreichs im Falle eines russisch-britischen Konflikts in Mittelasien (Persien, Afghanistan) einen hohen Preis zu zahlen haben. Und England wird ihn zahlen, sobald Frankreich klare Bedingungen stellt. Die Stimmung in London ist entschieden franzosenfreundlich. Der Empfang Loubets verspricht ungewöhnlich enthusiastisch zu werden. Es ist, als ob die ganze Nation sich der Notwendigkeit der französischen Freundschaft bewußt wäre. Ebenso zeigt die Stimmung in Paris einen Umschlag zu Gunsten eines Uebereinkommens mit England. Und nach dem „Journal des Debats“ vom 2. Juli zu urteilen, wäre man in Frankreich sogar geneigt, einen Vertrag mit England abzuschließen, wonach alle zwischen den beiden Mächten entstehenden Konflikte einem Schiedsgerichte vorzulegen seien.

Dieses neue Verhältnis zwischen England und Frankreich schließt aber keineswegs eine Schwächung des Zweibundes ein. Im Gegenteil, je stärker das Prestige Frankreichs, desto fester wird Rußland an dem Bunde festhalten, nur wird es sich bequemen müssen, rücksichtsvoller gegen Frankreich zu werden. Bis jetzt hat sich Rußland als Vormund Frankreichs betrachtet und demgemäß gehandelt. Die russische Presse war sogar taktlos genug, sich in immerrepublikanische Angelegenheiten Frankreichs zu mischen und von Zeit zu Zeit den französischen Staatsmännern politische Privatissima zu erteilen. In Frankreich mißfiel diese Haltung Rußlands und es zeigte sich begrifflicherweise das Verstehen, mit einer Gegenaktion zu dienen. So ist z. B. die Verteilung des französischen Kapitals an der deutschen Vagabundbahn ein Zeichen der Rebellion Frankreichs gegen das allzu schwer drückende Joch des Zweibundes. Delcassé hat die Demütigungen stillschweigend ertragen, aber er war nicht müßig. Er arrangierte mittlerweile eine „Ectour“ mit John Bull, die wofür den Russen nicht behagen wird. Rußland wird die Eiserfücht ebenso unterdrücken müssen, wie es Deutschland gegenüber Italien gethan hat. Denn Rußland bedarf Frankreichs mindestens ebenso nötig wie Frankreich Rußlands. —

Die Telegramme berichten über die Ankunft Loubets:

Dover, 6. Juli. Präsident Loubet ist um 1 Uhr 45 Minuten gelandet und hat sich nach dem Empfang durch die Behörden zum Bahnhof begeben, um seine Reise nach London fortzusetzen.

Dover, 10. Juli. Als das französische Geschwader in Sicht kam, dampften die englischen Torpedobootzerstörer dem Präsidenten Loubet entgegen und feuerten einen Salut von 21 Schüssen ab, während die Mammkisten aufgereit waren.

Boulogne, 6. Juli. In seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprüche des Bürgermeisters gab Präsident Loubet der Hoffnung Ausdruck, daß seine jetzige Reise ebenso wie die früheren von gutem

Erfolge für die Wahrung des Bestrebens begleitet sein werde, die Befestigung der Freundschaftsbände, die bereits zwischen Frankreich und seinem großen Nachbarn bestanden, sowie für die Erweiterung der Handels- und industriellen Beziehungen, an welchen alle Franzosen lebhaften Anteil nehmen müßten, denen die Größe des Vaterlandes, der Republik am Herzen liege.

Deutsches Reich.

Die Diätenfrage. In vielen bürgerlichen Blättern wird die Diätenfrage neu aufgerollt. Hier und da kommt die Meinung zum Ausdruck, nach dem socialdemokratischen Ergebnis der Wahlen würden die Regierungen vielleicht noch weniger als zuvor geneigt sein, den Diäten zuzustimmen. Vorwiegend aber meint man, besonders in nationalliberalen Blättern, gerade das weitere socialdemokratische Erstarken zwinze zur Zustimmung der Diätenforderung des Reichstags. Die Socialdemokratie mit ihren mehr als 80 Mandaten könnte den ganzen Reichstag beherrschen, wenn nicht Mittel gestellt werden, um auch die Anwesenheit der Vertreter der andern Parteien zu ermöglichen.

Bisher wurden die Diäten verweigert, weil die Verweigerung ein Mittel zur Behinderung der Socialdemokratie bieten sollte. Das Mittel hat wie alle andern Mittel so sehr versagt, daß man jetzt sich mehr und mehr zur entgegengesetzten Art getrieben sieht: Jetzt soll die Bewilligung der Diäten um Schwierigkeiten bereiten! Es ist interessant, daß die Socialdemokratie selbst durch die Versuche zu ihrer Belämpfung auf die Erfüllung vernünftiger und vollstimmlicher Forderungen wirkt. —

Uniformreform — in Frankreich.

Der Kriegsminister André beabsichtigt, der ganzen französischen Armee eine neue moderne Uniform zu geben. Am 19. Juli während des Aufenthaltes des Königs von Italien in Paris wird eine Compagnie Infanterie in neuer nach den Intentionen des Kriegsministers hergestellter Uniform erscheinen. Die neue Uniform ist gesünder, weil leichter; der hohe steife Kragen fällt weg und macht einem Umlegekragen von weichem Stoffe Platz. Die Änderungen vom strategischen Standpunkte aus sind: Wegfall aller bunten Plitzzeuges und der blanken Knöpfe; der Anzug wird in graublauer Farbe mit braunen Knöpfen gehalten sein. An Stelle der schweren Helme treten weiche Hülfen, deren Kappen bei Regen und Sonnenschein herunterzuklappen sind. Außerdem sollen aus Sparamkeitörückichten Samaschen, weiße Handschuhe usw. in Wegfall kommen.

Demnach hat man in Frankreich das endlich für richtig erkannt, was im deutschen Reichstage die socialistischen Abgeordneten im Interesse der Hygiene, Strategie und der Sparamkeit schon häufig vergeblich verlangt haben. Die jetzt üblichen Uniformen unserer Militärs sind nur dazu angethan, das Auge bei Paraden zu blenden, die Scheidung zwischen Armee und Bürgerthum zu begünstigen und einen widerwärtigen Corpsgeist zu erzeugen.

Wie die „Freisinnige Zeitung“ citiert. Das Blatt Eugen Richters bringt diese Notiz:

Ist der neue Reichstag eine Gefahr? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß in der Zusammenkunft des neuen Reichstags an sich keine Gefahr für die Regierungspolitik zu erblicken sei. Darauf bemerkt der „Vorwärts“: „Wir werden alles thun, um das Regierungsgeschäft zu überlegen, daß die Gefahr denn doch nicht so fern ist, wie es heißt.“

Was soll dieser Text? Die „Freisinnige Zeitung“ will die Ansicht erwecken, daß der „Vorwärts“ sich in allgemeinen Drohungen ergebe, als wolle die Socialdemokratie den Bestand des Reichstages übermäßig gefährden. In Wahrheit schrieb er so:

„Nebst dem meint die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß in der Zusammenkunft des neuen Reichstags an sich keine Gefahr zu erblicken sei. Sie erwartet, daß trotz der socialdemokratischen Wachstums der neue Reichstag genügende Sicherheit biete, um eine bessere, vollständige und freiheitliche Reichspolitik zu verwalten. Wir werden alles thun, um das Regierungsgeschäft zu überlegen, daß „die Gefahr“ denn doch noch nicht so fern ist, wie es heißt.“

Die „Gefahr“, von der wir sprachen, beruht in der Erwartung, daß es gelingen werde, eine bessere, vollständige und freiheitliche Reichspolitik zu erringen. Durch Fortlassung des entscheidenden Mittelglieds und der Anführungsstriche zu dem Wort „Gefahr“ fälscht die „Freisinnige Zeitung“ den Sinn unserer Worte, wie nur irgend ein Scharfmacher blatt zu fälschen vermag.

Es ist kein Wunder, daß Herr Richter in noch immer steigendem Maße die heftigsten Vorwürfe der bösesten Reaktionspresse erwidert. Wir finden erst heute wieder z. B. in den „Dresdener Nachrichten“, dem führenden Blatte der sächsischen Reaktion, den „Verdienst“ des Herrn Eugen Richter einen vollen Leitartikel gewidmet. —

Neue Prinzenreise nach Amerika. Mit unsäglichen Mühen ist es gelungen, amerikanische Schiffe nach Kiel zu bringen. Die Kieler Zusammenkunft ist aber so gut verlaufen, daß möglichst bald ein Gegenbesuch veranstaltet werden soll. Bei dem Festmahle, das der amerikanische Vorkapitän Towler dem Kaiser gab, machte dieser die Mitteilung, daß er in Erwiderung des gegenwärtigen amerikanischen Flottenbesuches zu der im nächsten Jahre in Saint Louis stattfindenden Welt-Ausstellung ein deutsches Geschwader unter dem Befehle des Prinzen Heinrich und mit dem Prinzen Adalbert als Lieutenant zur See entsenden werde.

Das Geschwader kann dann vielleicht auch die vor einigen Jahren den Amerikanern zugelegte Statue Friedrich des Großen mitnehmen. —

Die Opfer der Centrumpolitik. Die Vorermittelungen wegen der durch die Centrumshege und den polizeilichen Ueberreifer verursachten Wahlstrawalle in Laurahütte und Zabrze sind, wie der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt wird, so weit abgeschlossen, daß schon in nächster Zeit Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs erhoben wird. Wegen des Laurahütter Krauwalls werden gegen fünfzig, wegen des Zabrze Krauwalls etwa zwanzig Personen unter Anklage gestellt.

Beide Sachen werden in außerordentlichen Schwurgerichtsperioden in Deuthen und Gleiwitz zur Verhandlung gelangen. Man kann nur hoffen, daß die Geschworenen und Richter nicht die Zahl jener aufreizenden Urteile vermehren werden, die in den letzten Jahren so häufig gefällt wurden. —

Ein erschreckendes Resultat.

Im Königreich Sachsen erklärt sich nun auch der Oberste der Reaktion, der Minister v. Meyß, als „erschreckt“ durch das Resultat der Wahlen. Die Wahlen sprachen so deutlich, daß alle diplomatische Scheingelassenheit erstickt und das Gesichtslos des bloßen Schredens sich über die Lippe des verstocktesten Hofmannes zwingt. Herr v. Meyß begrüßte die sächsische Gemeindevertretung in Pirna und sprach sich vor den dort Versammelten, die zum größten Teil auch aus ungerechtem Klaffenwahlsystem hervorgegangen sind, u. a. also aus:

„... Und diese Mahnung zum Zusammengreifen, Zusammenfassen und Zusammenarbeiten der im Staate und in den Gemeinden funktionierenden öffentlichen Gewalten kann zu keiner Zeit nachdrücklicher ergehen als gerade gegenwärtig, wo wir vor dem erschreckenden Resultate der Reichstagswahlen stehen. Es ist nicht zu leugnen und nicht zu verkennen, daß die bestehende Agitation, die gelbt worden ist, insbesondere auch in unserem engeren Vaterlande, sich nicht ergeben hat in den Versuchen, auch das gute, das gesunde Bürgerthum anzugreifen, und daß sie es nicht gescheut und teilweise mit Erfolg gearbeitet hat, in ihren Bestrebungen einen Riß zu schaffen zwischen der

Wahrgertum und der Arbeiterbevölkerung. Es ist diese Thatsache unläugbar und es ist durch Thatsachen genügend dargethan, daß ein Teil unserer Bevölkerung, diesen irrelevanten Agitationen folgend, an die Wahlsurne gegangen und gewählt hat in einer Weise, die für alles öffentliche Leben gefährdend erscheinen muß. Die Thatsache besteht. Es gilt nun aber, nicht den Mut und die Spannkraft zu verlieren, es gilt vorwiegend für die Zukunft einzugreifen. Ich will nicht erörtern, ob der chronische Zustand der Unzufriedenheit, der einen großen Teil der Wähler an die Wahlsurnen getrieben und sie bewogen hat, in regierungsfeindlichem Sinne zu wählen, in den Verhältnissen, wie sie bestehen und geschaffen worden sind, eine genügende Rechtfertigung findet; aber wir müssen zugeben, daß diese Unzufriedenheit besteht. Und weil das so ist, wiederhole ich: Es ist Pflicht und Bewußtseinsache aller, mitzuhelfen, diesen Zustand möglichst wieder auf eine bessere Basis zurückzuführen."

Etwas lernt also selbst ein Herr v. Wehlich. Früher war die Unzufriedenheit im Volk gänzlich ungerechtfertigt und es gab nur die eine Frage, wie man die bösen Anführer der Unzufriedenheit durch Verbote und Verfolgungen und Entschuldigungen treffen konnte. Jetzt läßt man immerhin, unerörtert, ob der chronische Zustand der Unzufriedenheit in den Verhältnissen eine genügende Rechtfertigung findet. Für einen sächsischen Polizeiminister ist diese Erkenntnis schon ein Fortschritt.

Aber weiter gelangt der erschrockene Minister nicht. Er bleibt bei den üblichen „zerlegenden und irrelevanten Agitation“ und die Vorschläge, die er jedoch in seiner Ansprache machte, sind so allgemein und nichtssagend, wie Minister sie zu machen pflegen, wenn sie nichts Klares und Bestimmtes sagen wollen und nichts Gutes im Schilde führen. „Es gilt vor allem auf ethischen Gebieten zu arbeiten... da liegt die Arbeit bei der Familie, beim Hause, bei der Kirche, bei der Schule... wir wollen, wo wir anerkennen, es sind ver besserungsfähige Zustände vorhanden, einsehen... auch die Regierung hält sich nicht für infallibel (unfehlbar)...“ Mit solchem Gerede denkt der sächsische Minister das erschreckte Reaktionsgewissen zu beruhigen! Es ist ein erschreckendes Resultat! Jahrzehnte langer Reaktionsregierung, daß selbst der völlige Zusammenbruch nicht zu einigem Windergeheim normaler Einsicht zu verhelfen vermag.

Singer über die Reichstags-Präsidenten-Frage.

Der Berliner Korrespondent der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hatte eine Unterredung mit Genossen Singer über den sozialdemokratischen Anspruch auf eine Vicepräsidentenstelle im Reichstags-Singer, der als unser langjähriger Fraktionsvorsitzender und Kenner der Reichstagsgebräuche in diesen Fragen besonders kompetent ist, macht darüber folgende Ausführungen:

„Es ist verwunderlich, daß Verstein aus dem Ausgang der Wahlen, der für die Macht der Partei in nächster Zukunft große Perspektiven eröffnet, keine andre Sorge erwacht als die Förderung einer so kleinen und nebensächlichen Frage. Macht und Einfluß ruht nicht im Präsidium, sondern im Reichstags selbst. Soweit Verstein verlangt, daß wir „mit aller Entschiedenheit“ die Stelle eines Vicepräsidenten für unsere Fraktion beanspruchen, sollen, nennt er wieder einmal offene Hören ein. Darüber herrscht gewiß in der Fraktion keine Differenz. Ich kann natürlich nur für meine Person sprechen — aber es scheint mir außer Zweifel, daß wir diese Förderung ausstellen und mit Entschiedenheit vertreten werden, wie wir es ja auch im Jahre 1898 gethan haben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß ein sozialdemokratisches Mitglied des Reichstagspräsidiums alle ihm durch die Geschäftsordnung auferlegten Verpflichtungen erfüllen wird. Diese Erklärung haben wir auch im Jahre 1898 im Seniorenkongress abgegeben, als wir unsern Anspruch auf einen Sitz im Präsidium erhoben. Aber man wollte uns damals auch gesellschaftliche Verpflichtungen aufzwingen, die in der Geschäftsordnung nicht begründet sind; und da wir es ablehnten, zu Hofe zu gehen, wurde unserm berechtigten Anspruch nicht stattgegeben.“

Ich sehe keine Veranlassung, von dem Standpunkt, den wir damals eingenommen haben, abzuweichen, zumal da die Vertretung im Präsidium lange nicht die Bedeutung hat, zu der Verstein sie aufbauscht. Geschäftsordnungsmäßig giebt es kein Präsidium, sondern einen Präsidenten; von einer planmäßigen kollegialen Einflußnahme des Vicepräsidenten kann — wie die Dinge liegen — gar keine Rede sein, namentlich bei so eigenwilligen und selbständigen Naturen, wie der vorausgesetzliche Präsident des neuen Reichstages, Ballestrin, eine ist. Ich meine, die Sozialdemokratie wäre natürlich nicht geschädigt, wenn einer der ihren im Präsidium säße; aber ich sehe auch keinen großen Vorteil für die Partei, wenn eines ihrer Mitglieder von Zeit zu Zeit die Präsidentenklode schwingen darf. Daß in der Partei ein Bedürfnis besteht, um jeden Preis eine Vertretung im Präsidium zu erlangen, leugne ich; das sind Schrullen und Velleitäten einzelner. Man ändert seine Laune doch nur, wenn sie sich als schädlich, als falsch erwiesen hat; das kann man aber von unser „splendid isolation“ nicht sagen. Wir haben uns in ihr stets sehr wohl befunden; und während des Kampfes um den Zolltarif hat es unser Lastrast durchaus nicht Abbruch gethan, daß wir im Präsidium nicht vertreten waren. Also die Frage ist nicht von welterschütternder Tragweite. Wir fehlt das Verständnis für die Notwendigkeit, unmittelbar nach einem glücklichen Beendeten Feldzug ohne Notigung Fragen aufzuwerfen, aus denen — wenn auch natürlich mit Unrecht — die Gegner wieder neue Nahrung für die von ihnen verbreitete Legende von den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie schöpfen. Aber das ist Geschmacksache. Ich halte es für um so überflüssiger, sich so ausdrücklich anzubieten, selbst um den Preis eines sacrificium intellectus, als die Erbitterung der Kampfe, die hinter uns liegen, und noch mehr das Bewußtsein der Kampfe, die noch bevorstehen, die Gegner weniger als je zuvor geneigt sein lassen wird, nach Recht und Billigkeit vorzugehen und die nach dem Herkommen uns gebührende Stelle des ersten Vicepräsidenten uns einzuräumen. Wir werden unsern Anspruch erheben, nicht um, wie Verstein meint, bei einer Ablehnung „zu wissen, woran wir sind“ — ich meine, dafür giebt's noch bessere Gradmesser —, sondern einfach, weil es unser gutes Recht ist...“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Sozialdemokratie und das Wahlrecht. Der sozialdemokratische Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses und die Gesamtvertretung der österreichischen Sozialdemokratie veröffentlichten an der Spitze der „Wiener Arbeiterzeitung“ einen Aufruf aus Anlaß der Fortschickung des Parlamentes. Der Grundgedanke der Aufrufs ist, daß es nur eine Lösung giebt, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht:

„Wissen die Völker Oesterreichs, so heißt es in dem Aufruf, die Demütigung tragen, daß sie unfähig sind, sich ein Parlament zu schaffen, welches die Notwendigkeiten der Zeit erfüllt und den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringt? Hat in diesem Staate denn nichts Bestand als das Unrecht, nichts die Gewähr der Dauer in sich, als die Unvernunft? Das Privilegienparlament ist Raub an den Rechten des Volkes. Das Privilegienparlament ist unfähig zur Beförderung der einfachsten staatlichen Aufgaben. Das Privilegienparlament ist ein Hindernis für jeden sozialen Fortschritt. Das Privilegienparlament ist Ohnmacht der Völker und Ruin der staatlichen Gemeinschaft. Jeden — die privilegierten Abgeordneten vielleicht ausgenommen — eckelt es vor dieser Spottgeburt, und dennoch sollte das Privilegienparlament unerschütterlich sein, ewig bleiben als auftragendes Denkmal österreichischer Dummheit und österreichischer Schlampelei? Was sich so sichtbar als die erste Ursache der fortwährenden Krise erwies, als die wahre Ursache der Ursachen, das sollte gehütet sein vor jeder Aenderung, das sollte nicht zu erschüttern, nicht zu beseitigen sein? Das kann nicht sein, und deshalb rufen wir Euch, Arbeiter in Oesterreich, auf zum Kampfe gegen das nichtsmüßige, die Menschen verderbende, die Institutionen korrumpernde Wahlprivileg, rufen wir

Euch zum Kampfe für eine Reform der Verfassung, die allein das schaffen kann, was Oesterreich unerlässlich braucht und was es heute ganz entbehrt: eine wirkliche Volkvertretung!

In Oesterreich ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch die erste und wahrste Staatsnotwendigkeit. —

Frankreich.

Eine kirchliche Finanzcampagne.

Paris, 4. Juli. (Fig. Ver.) Die kirchlich-nationalistische Steuerbeitrags-Viga war eine Totgeburt. Sie hat nach einigen geräuschvollen Tamtamschlägen ein rasches und stilles Ende gefunden. Dagegen haben sich andre, strafgesellich nicht zu fassende Mittel zur Untergrabung des Staatskredits recht wirksam erwiesen. Es sind das eine Waise-Campagne gegen die dreiprozentige Staatsrente und eine Agitation für den Rückzug der Sparlasten-Einlagen. In den Börsianern und den Rentnern, in der Hochfinanz und dem „Sparenden“ Kleinbürgertum haben die Mönchsorden und ihre politischen Vertreter treue Bundesgenossen gefunden.

Der mächtige Einfluß der Kirchengüter auf die Börse und die Sparere kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck. Beim Regierungsantritt des Cabinets Combes, 8. Juni 1902, notierte man die dreiprozentige Rente mit 102 Fr., heute schwankt sie um 97 Fr., 3 Kr. unter Pari, letzte Woche stand sie sogar unter dem angegebenen Kurs. Das bedeutet, wie die Börsenredakteure mit vielem Behagen ausrechnen, eine Entwertung des „öffentlichen Vermögens“ gegenüber Juni 1902 im Betrage von 1 Milliarde 105 Millionen Franc. Wohlbedient, das Sinken der Rente ist seit einem Jahre eine stehende Erscheinung, ganz unabhängig von dem jeweiligen allgemeinen Stand des Finanzmarktes und von der jeweiligen Finanzlage des Staates. Früher hieß es, das Budget für 1904 werde mit einem Defizit abschließen, das nur durch neue Steuern oder durch eine Anleihe gedeckt werden könnte — daher das Sinken der Rente. Nun ist der Budgetvorschlag da, er schließt ohne Defizit ab und enthält weder neue Steuern noch einen Anleihe-Entwurf. Insofern aber er eine Notlage beseitigt, so ist diese nicht schlimmer als die seit Jahren andauernde Finanzflemme. Die Rente sinkt jedoch weiter. Im Vorjahre hatten sich die wirklichen Einnahmen des Fiskus erheblich niedriger erwiesen als die im Vorausschlag berechneten — die Rente blieb damals über Pari. Im laufenden Jahre zeigen die wirklichen Einnahmen fortwährend einen Ueberschuß über die Vorausschlagszahlen — die Rente aber sinkt trotzdem! Selbst Finanzminister Rouvier, der Liebling der Börse, konnte gegen die kirchliche Waise-Campagne nicht aufkommen. Und auch sein harmloser, im weiten Felde stehender Einkommensteuer-Entwurf diente den Waisiers als Vorwand. In der geistigen Kammerführung nannte der Finanzminister das Ding beim wahren Namen: er erklärte die Waise und den Rückzug der Sparlasten-Einlagen für das Resultat einer „politischen Campagne“. Dasselbe geht übrigens bis zur Evidenz hervor aus der Haltung der oppositionellen Presse aller Schattierungen.

Was die Sparlasten anbetrifft, so hatten sie noch vom Januar bis Juni 1902, in den letzten Monaten des Cabinets Waldeck-Rousseau, einen Ueberschuß an Einlagen aufzuweisen in der Höhe von 6 666 893 Fr. Seitdem geht es rapid abwärts. Bis Ende 1902 wurde der angegebene Ueberschuß an Einlagen ersetzt durch einen solchen an zurückgezogenen Geldern im Betrage von 167 134 504 Fr. Von Januar bis Juli 1. J. wurden weitere 98 676 452 Fr. mehr zurückgezogen als eingezahlt, zusammen also unter dem Cabinet Combes um 255 810 956 Millionen Franc mehr zurückgezogen als eingelegt.

Sollte die Campagne mit dem gleichen Erfolg fortdauern, so wird Rouvier, wie er in der Kammer erklärt hat, in der Herbstsession gesetzliche Vollmacht verlangen, den Sparern ihre Einlagen freiwillig zurückzugeben. Das wäre allerdings ein sicheres Mittel gegen die kirchlich-patriotische Weängstigung des sparenden Philisterrums. —

Epinal, 5. Juli. Bei der Nachwahl zum Senat wurde Moline mit 659 Stimmen gewählt gegen den Radikalen Ducez, der 300 Stimmen erhielt.

England.

Parlamentarische Nachwahl. London, 4. Juli. (Fig. Ver.) Durch das Absterben des liberalen Abgeordneten Sir J. W. Bence ist in Barnard Castle, Durham, eine parlamentarische Nachwahl nötig geworden. Die Arbeiter haben Mr. Henderson als Kandidaten aufgestellt, dem sowohl ein liberaler wie konservativer Kandidat gegenübersteht. Die liberale Partei wollte nur unter der Bedingung auf einen besonderen Kandidaten verzichten, wenn Henderson sich verpflichtete, im Parlamente mit den Liberalen zu stimmen. Da Henderson im Sinne des Programms des Komitees für Arbeitervertretung unabhängig bleiben will, wird er von den Liberalen bekämpft. —

Norwegen.

Die bevorstehenden Störingswahlen rufen bereits seit mehreren Wochen eine lebhaftige Aussprache über die politischen Verhältnisse hervor. Hierbei zeigt es sich, daß unter den bürgerlichen Parteien eine Vertiefung ohne gleichen Platz gegriffen hat. Ein immer mehr anwachsender Strom von Unzufriedenheit wendet sich gegen die herrschende Linkspartei und angelegene Männer aus ihren Reihen arbeiten geradezu auf einen Sieg der Rechtenpartei hin. Die alten Partei-Unterschiede „Rechte“ und „Linke“ sollen, wie es scheint, verschwinden.

Kürzlich hat auch Björnstjerne Björnson den Wunsch nach einem Sieg der Rechten unverhüllt Ausdruck gegeben. Das war bei einem Fest, das ihm zu Ehren bei seiner Anwesenheit in Bergen gegeben wurde. Der erste Redner war der frühere Staatsrath Bollert Konow — nicht der kürzlich abgegangene Landwirtschaftsminister. — Er, der eine schwere Abgabe an die Linke richtete, feierte Björnstjerne als den Mann, um den sich nun die Nation sammeln müsse. Björnstjerne sagte dann in seiner Antwort unter andern: „Es würde gut sein, wenn die Rechte nun zur Macht käme. Die Linke ist durch diese Macht demoralisiert worden.“ Er richtete außerdem scharfe Angriffe gegen den Militarismus der Linken und besonders gegen den inzwischen abgegangenen Kriegsminister Stang, was eine starke Polemik in den Zeitungen zur Folge hatte.

Die hierdurch feierlich eingeleitete „Sammelpolitik“ hat auch schon Früchte getragen. Ein dieser Tage in einem Wahlkreise veröffentlichter Aufruf zur Gründung einer „Nationalen Sammelungs-Partei“ war von fünf Anhängern der Rechten und acht der Linken unterzeichnet. Das Programm dieser geeinigten Gegner geht auf die beiden Forderungen: „Eignes norwegisches Konsulatswesen, Fortsetzung der Verhandlungen mit Schweden“ und „vorläufig keine weiteren staatlichen Versicherungen“. Der letzte Punkt ist besonders kennzeichnend für die Sammelpolitik. Das bisherige Socialpolitik, das die regierende Linke durchgeführt hat, muß nun auch dazu verhalten, die Kleinbürger gegen die finanzielle Mißwirtschaft der Regierung aufzureizen und die Rechte, die sich stets durch einen Mangel an sozialem Verständnis ausgezeichnet hat, zu empfehlen.

Unter diesen Umständen ist es einzig und allein die Sozialdemokratie, die mit einem festen und klaren Programm vor die Wähler tritt, und das wird wahrscheinlich manche Wähler aus andren demokratischen Parteien veranlassen, für die Sozialdemokratie zu stimmen. —

Türkei.

Konstantinopel, 5. Juli. Die Nachricht, daß Bulgarien ein Ultimatum an die Türkei richten wolle, wird in hiesigen diplomatischen Kreisen bezweifelt. Dazu hätte nach Ansicht dieser Kreise Bulgarien keinerlei Anhaltspunkt, selbst dann nicht, wenn die Nachrichten über die Konzentration türkischer Truppen sich vollkommen wahrheiten würden, was bisher nicht der Fall sei. Bulgarien sei nicht berechtigt, dagegen zu protestieren, daß die Pforte angesichts des Monate dauernden Vandalenunwesens, welches erwiesenermaßen von Bulgarien her moralische und militärische Unterstützung finde — was die bulgarische Regierung auch mit bestem Willen nicht hindern könne — außerordentliche militärische Maßregeln behufs

Unterdrückung des Vandalenunwesens ergreife. Solche Maßregeln werde die Pforte unbedingt ergreifen müssen, sobald die Aktion gegen die albanesische Opposition im Vilajet Usak beendet und die dortigen Truppen disponibel sein würden. Die Pforte werde hierzu schließlich auch durch das Drängen Oesterreich-Ungarns und Russlands an strikte Durchführung der angenommenen Reformen veranlaßt.

Zu der Lage auf dem Balkan wird der „Kölnischen Zeitung“ aus Petersburg gemeldet: Die Lage auf dem Balkan wird an leitender russischer Stelle als sehr ernst, aber ruhig aufgefaßt in der Hoffnung, die Türkei und besonders Bulgarien werden den eindringlichen Ratsschlägen Oesterreich-Ungarns und Russlands, die in vollem Einvernehmen mit den übrigen Großmächten handeln, folgen und die Ruhe und Ordnung ihrer Länder aufrecht erhalten. Man erachtet die schwierige Lage der Türkei an und versichert, daß, wenn Bulgarien den Krieg leichtfertig vom Paum drehe, es auf keinerlei Unterstützung Russlands rechnen könne und die Verantwortung allein zu tragen habe.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kürschner! Die Innung und der Verein der Pelzwaren-Fabrikanten haben gemeinsam beschlossen und sich durch „Ehrenwort“ verpflichtet, unsere Forderung nicht durch Unterschritt anzuerkennen, sondern nur mit den eignen Arbeitern zu verhandeln und dabei die neunstündige Arbeitszeit sowie 33 1/2 Prozent Aufschlag für Ueberstunden zu gewähren. Auch soll von den Ausständigen niemand eingestellt und als Ersatz sollen „recht viel Arbeitswillige“ herangezogen werden. — Wir sind dagegen der Meinung, daß die Herren ihr „Ehrenwort“ genau so hoch halten werden, wie der Beschluß, die Arbeiter auszusperrn, ausgeführt wurde. Daß man selbst durch Zurechtweisung der Arbeiter zu fördern sucht, beweist z. B. die Zuschrift des Herrn Reinecke, Neue Friedrichstraße, an sämtliche Ausständige. Sie lautet:

„Hierdurch teile Ihnen mit, daß ich die neunstündige Arbeitszeit bewilligt habe, nun steht der Wiederaufnahme Ihrer Arbeit nichts mehr im Wege.“

Die Herren meinen ganz naiv, es stehe der Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege, trotzdem es sich um Anerkennung der Organisation handelt. — Die Herren respektieren auf arbeitswillige Kollegen aus Oesterreich und Ungarn und würden wir die Parteipresse der genannten Länder bitten, auf unsere Bewegung hinzuweisen. Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. Anfragen sind zu richten an H. Granel, Heidenseldstr. 2.

Aus Anlaß des Kürschnerstreiks hat ein Pelzwarenfabrikant einem Streikenden einen Brief zugesandt, der wohl bestimmt war, das „verloste Gemüt“ des Streikenden zu erweichen und ihn zur Rückkehr in die Werkstatt zu bewegen. Das für die Denkart eines Fabrikanten bezeichnende Schreiben lautet in den Hauptstellen:

„Sie sind 2 Jahre bei uns als Gehilfe gewesen und sind von unsrem Herrn J. in der besseren Arbeit — wie von Ihnen zugestanden — erst herangebildet worden. Wir wollen deshalb heute hier einige Worte der Ermahnung zu Ihrem Benehmen uns gegenüber sagen. Ohne einen persönlichen Grund der Unzufriedenheit zu haben, lassen Sie sich von jungen Leuten oder solchen, die noch nie im Leben etwas zu verlieren hatten, als Familienvater dazu hinreißen, Ihrem Arbeitgeber den Vettel vor die Füße zu werfen und fortzulaufen... Wir glauben bestimmt, daß Sie Ihren Schritt bereits bereuen, sich aber schämen, zurückzukehren. Wir wollen Ihnen den Weg leichter machen, indem wir Ihnen anheimstellen, uns morgen zur Rückfrage zu besuchen. Unsere Arbeitsbedingungen sind: neunstündige Arbeitszeit und 33 1/2 Proz. Lohnaufschlag für Ueberstunden. Wir werden jedoch niemals den Coupon Ihres Verbandes unterschreiben, weshalb wir auch nur solche Leute einstellen, die nicht im Verbands sind, oder bereits ihren Austritt erklärt haben.“

Die „wohlwollende Ermahnung“ des Fabrikanten hat den Sinn des streikenden Arbeiters nicht geändert. Da er unter allen Umständen seinem Verbands treu bleiben will, so überläßt er es dem Fabrikanten, Leute, die nicht im Verbands sind, anderswo zu suchen.

Achtung, Metallarbeiter! Es werden von interessierter Seite gegen besseres Wissen immer wieder unter den Kollegen die Mitteilungen verbreitet, daß der Streik bei Wehlich beendet sei. Dem gegenüber teilen wir mit, daß der Streik unverändert fortdauert, und ersuchen wir dringend, den Zugang fernzuhalten.

Der Gewerksverein (Hirsch-Dumder) setzt seine Tätigkeit der Firma Wehlich Arbeitskräfte zuzuschicken, immer noch fort. Während nämlich überall die Mitteilung verbreitet wird, bei Wehlich ist alles beendet, die „Arbeitgeber-Zeitung“, die Firma selbst und auch die Hirsch bereits seit drei Wochen mit großem Eifer diese Nachricht polypertieren, finden wir im „Regulator“ ein Inzerat, wonach tüchtige Schleifer für Nähmaschinen-Stahlapparate von der Firma Wehlich gesucht werden. Ebenso wissen wir, daß die Firma bemüht ist, auf ihre Kosten von Dresden und Solingen Schleifer zu bekommen. Wir ersuchen dringend den Vertrieb von Wehlich zu meiden. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnkommission der Schuhmacher schreibt uns: Zu der in Nr. 154 des „Vorwärts“ enthaltenen Berichtigung der vereinigten Schuhmachereister haben wir zu bemerken, daß die in Betradt kommenden Wiener Schuhmacher der Streikleitung erklärt hatten, nicht davon unterrichtet worden zu sein, daß sich hier in Berlin die Nähschuhmacher im Auslande befänden. Wichtig ist, daß ein Wiener Schuhmacher, welcher dieserhalb eine Schadenersatzklage beim Innungs-Schiedsgericht anhängig machte, abgewiesen wurde, weil derselbe durch Zeugen nicht den Beweis erbringen konnte, daß ihm von den engagierenden Arbeitgeber keine Kenntnis von der wahren Sachlage gegeben worden sei. Die Lohnkommission.

Borzellaner! Die Sperte über die Firma Hasenberg und March, Emallerwerk, Berlin, Poststraße, ist aufgehoben. Die Kollegen, die bisher dort gearbeitet haben, sind verdrängt worden. Drei Maler haben zu den alten Bedingungen die Arbeit aufgenommen, obgleich sie vorher versprochen hatten, nur unter den gestellten Forderungen zu arbeiten.

Deutsches Reich.

Polizei gegen Streikende. Wir teilen schon mit, daß die Polizei in Blauen Arbeiter und Unternehmer mit zweierlei Maß mißt. Die letzteren dürfen am Bahnhof unter den Augen der Polizei ihre Streikposten aufstellen, während den streikenden Arbeitern der Aufenthalt in der Nähe des Bahnhofes durch Polizeibeamte untersagt wird. Aber den Unternehmern wird noch ein weitergehender Schutz ihrer Interessen durch die Polizei zu teil. Wie unser Wladauer Parteiporgan mitteilt, hat der Oberbürgermeister von Blauen eine polizeiliche Verfügung erlassen, welche besagt, daß diejenigen böhmischen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche zwecklos in den Straßen umherstreifen oder sich darin zusammenrotten (!), sofort aus der Stadt ausgewiesen werden. Die Unternehmer werden in dieser an mittelalterliche Zustände gemahnenden polizeilichen Verfügung mit Befriedigung die Erfüllung ihrer Herzenswünsche erblicken. Gatten sie doch kürzlich eine Deputation zum Oberbürgermeister geschickt und diesen um behördlichen Schutz gebeten. Mehr kann sich selbst der verblödete Unternehmer nicht wünschen als die Ausweisung von Streikenden, die „amedios in den Straßen umherstreifen“. Fehlt nur noch, daß die Behörde an Stelle der Streikenden, die etwa ausgewiesen werden, arbeitswillige herbeischafft. Dann ist den Unternehmern gewiß geholfen.

Die Maurer in Dortmund befinden sich in einer Lohnbewegung, welche vom Zentralverband und der Christlichen Organisation gemeinsam geführt wird. Gefordert wird die zehnstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 50 Pf. Die Forderungen wurden im März

eingeleitet, aber abgelehnt und werden jetzt mittels Bauperrnen durchzusetzen gesucht.

Von der Aussperrung in Birmasens, die nun seit sechs Wochen beendet ist, sind immer noch eine Anzahl von Arbeitern beschäftigungslos. Es hat den Anschein, als ob die Fabrikanten insofern eine schwarze Liste misliebiger Personen aufgestellt hätten, denen die Fabrik für immer verschlossen bleiben sollen. Es würde sich in diesem Falle um einen schändlichen Wortbruch der Fabrikanten handeln, denn bei der Vereinbarung, die der Aufhebung der Aussperrung voranging, wurde ausdrücklich festgesetzt, daß Maßnahmen nicht stattfinden sollen.

Ausland.

Der Tischlerstreik in Triest ist beendet. Da von den Arbeitgebern teils der 9/10, teils der 9/11 tägige Arbeitstag zugestanden wurde, nahmen die Tischlergehilfen nach achtwöchentlichem Ausstände die Arbeit wieder auf. Die Löhne bleiben unverändert, nur die Vergütung der Ueberstunden wird erhöht.

Vergarbeiterstreik in Ungarn. In den Kohlenruben zu Amadöghy sind 1200, zu Udorog 100 Arbeiter, welche Lohnherhöhung fordern, in den Ausstand getreten. Deshalb wurde die Gendarmarie verstärkt und zwei Compagnien Infanterie herangezogen. — Also Gendarmen und Soldaten zum Schutz der Unternehmerinteressen.

Die Aussperrung in Schweden, die der dortige Fabrikantenverein beschloffen hat, ist am Montag ausgeführt worden. 15 000 Arbeiter sind, wie ein Wolffisches Telegramm aus Stockholm meldet, ausgesperrt.

Die Durchführung des Schweizerischen Fabrikgesetzes.

Büch, 2. Juli. (Eig. Ber.)

Die 25 Schweizerischen Kantonsregierungen haben soeben ihre Berichte über die Durchführung des Schweizerischen Fabrikgesetzes in den Jahren 1901 und 1902 veröffentlicht. Die Berichte sind sowohl ihrem Inhalt wie ihrem Umfang nach sehr verschieden. So umfaßt der Bericht der Regierung des Kantons Waadt, der mit seinen 410 dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben industriell sehr bedeutend und in lebhafter Weiterentwicklung begriffen ist, nur 21 Druckseiten — für eine zweijährige Berichtsperiode! — während der Bericht aus dem kleinen Appenzel A. Rh. mit seinen 16 Fabrikbetrieben und ca. 830 Arbeitern doch zwei Seiten, andre Berichte aber bis 22 Seiten umfassen.

Bevorzugt ist die Wahrnehmung, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den beiden Berichtsjahren, die zugleich Krisenjahre waren, eine ganz erhebliche industrielle Fortentwicklung stattgefunden hat. So vermehrten sich im Kanton Bern die Betriebe von 815 auf 876, Neuenburg von 382 auf 424, Waadt von 378 auf 410, Zürich von 992 auf 1012, Genf von 394 auf 406 usw. Eine gewaltige industrielle Entwicklung hat der Kanton Neuenburg erfahren, der 1878, bei dem Inkrafttreten des Fabrikgesetzes, erst 31 Fabriken zählte und nun deren 424 aufweist, wovon mehr als die Hälfte, nämlich 251, allein auf die Uhrenindustrie entfällt. Mehrere Kantone, so Nidwalden und Zug, können nur von Stillstand berichten. Schaffhausen erfährt einen Rückgang von 77 auf 75 Betriebe. Im ganzen aber hat, wie gezeigt, die Schweiz in den letzten zwei Jahren an industrieller Bedeutung weiter erheblich gewonnen.

Gegenüber der Berichtsperiode 1899/1900 hat die Bau- thätigkeit für industrielle und gewerbliche Zwecke stark abgenommen. So ging im Kanton Zürich die Zahl der Bauplan-Genehmigungen von 269 auf 186 zurück, in Bern von 127 auf 95, in Luzern von 21 auf 10, in St. Gallen von 118 auf 91 etc. Genf verzeichnet 25 gegen 24. Sehr zweideutig ist die Praxis der Basler Behörden, die alle Baubehörden für gewerbliche Anlagen dem eidgenössischen Fabrikinspektor zur Begutachtung überweisen, welcher Geschäftsgang den Vorteil hat, daß die fabrikspolizeilichen Forderungen auch in Gewerben, die dem Fabrikgesetz nicht unterstellt sind, zur Geltung kommen; muß ein solcher Betrieb später doch unterstellt werden, so bleibt den Behörden und den Geschäftsinhabern die Anordnung und Vornahme nachträglicher Verbesserungen erspart. Mehrfach klagen die Kantonsregierungen, daß sich die Unternehmer an die ihnen erteilten Aufträge betreffend bauliche Ausführungen nicht halten und daß dadurch Weiterungen veranlaßt werden.

Im Kanton Luzern hatte ein Fabrikant an den unteren Scheiben der Fenster seines Etablissements die Glasscheiben durch Bleistiftspitzen ersetzen lassen, worauf die Behörde die Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangte, weil durch die angebrachten Bleistiftspitzen die Beleuchtung der Arbeitsräume von außen beeinträchtigt wurde. Die unabweisbar und unklar ist die Anwendung des gesetzlichen Arbeitsschutzes nach der Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter ist, beweist wieder einmal der Züricher Bericht. Die Behörden hatten den im Kanton vorhandenen vier Haderfortierereien den Auftrag gegeben, gegen die äußerst schädliche Staubentwicklung Staubabfangungen an den Sortiermaschinen anzubringen. Daraufhin reduzierte einer der Geschäftsinhaber die Zahl seiner Arbeiter und ließ sich von der Bezirksstelle freisprechen. Nun kann er thun und lassen, was er will, keine Behörde kümmert sich darum. Für die Arbeiterinnen ist aber selbstverständlich der schädliche Staub in dem reduzierten Betriebe genau so gesundheitsgefährlich wie in dem größeren, dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe. Mit diesem Vorgang im Kanton Zürich stimmt auch überein, was aus dem Kanton Solothurn gemeldet wird: „Die anbesonderen Schutzvorrichtungen wurden überall — wenn auch oft nur öfter und nach mehrmaligen Mahnungen — erfüllt. Kleine Geschäfte halten solche Schutzvorrichtungen nicht selten für überflüssig und unpraktisch und stützen sich daher den Anordnungen der Behörden nur widerwillig; die großen Fabriken dagegen sind sofort bereit, den diesbezüglichen weisungen nachzukommen.“ Sehr sinnenfällig zeigen sich in diesen amtl. ohne bestimmte tendenziöse Absichten gemachten Darlegungen die Nachteile der kleinen, kapitalistischen Unternehmungen für die Arbeiter gegenüber den großen kapitalistischen, die für betriebl. Arbeiter die nötigen Mittel aufwenden können.

In Bezug auf das Unfallwesen wird immer wieder von Mißständen berichtet, die aus der Pflichtverletzung von Unternehmern wie von Behörden zurückzuführen sind. Die Anzeigen werden gar nicht oder verspätet gemacht, die Protokolle manchmal mangelhaft ausgeführt, oder die Lohnabzüge sind höher als zulässig ist; ferner werden die Entschädigungen an verletzte Arbeiter gar oft in ungenügender Höhe entrichtet und so die Opfer der Arbeit von dividendenhungrigen Aktionären über Unfallversicherungs-Gesellschaften auch noch um die ihnen zustehenden Summen betrogen. Die Regierungen verschiedener Kantone lassen sich die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bei der Erledigung von Unfallsachen ernstlich angelegen sein. In Basel hat der sozialdemokratische Regierungsrat Wulfschläger gegenüber der Vergewaltigung der Verletzten durch die interessierten Ärzte der Unfallversicherungs-Gesellschaften durch einen besonderen Erlaß festgestellt, daß die Arbeiter in allen Fällen die volle Freiheit der Arztwahl haben.

Arbeitsbedingungen, die nicht entsprechend den Vorschriften des Fabrikgesetzes den Arbeitern zur Meinungsäußerung vorgelegt worden sind, wurden von den Behörden nicht genehmigt, sondern an die betreffenden Unternehmer zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen zurückgeschickt. Die Luzerner Regierung erklärte die Aufnahme von Bestimmungen in die Arbeitsordnung über das Verhalten der Arbeiter außerhalb der Fabrik für unzulässig, weil sie nur die Verhältnisse in der Fabrik zu regeln hat.

Im Gegensa zu der von der Züricher Regierung seit Jahren geübten und bewährten Praxis, Ueberzeitbewilligungen nur auf die Dauer eines Monats und nur für eine Stunde täglich zu gewähren, giebt es immer noch einige rückständige Regierungen, die solche Bewilligungen bis zu drei Monaten und bis zu drei Stunden

täglich erteilen, wobei von „Arbeitschutz“ kaum mehr geredet werden kann. Im allgemeinen war die bewilligte Ueberzeitarbeit infolge der fortdauernden Krise in der Berichtsperiode geringer als in früheren Jahren. Die Vorschriften über die Dauer der täglichen Arbeitszeit und der Zwischenpausen sind wieder trotz des weiten Entgegenkommens der Behörden mit Ueberzeitbewilligungen vielfach übertreten worden. Im Kanton Zug ließ eine Dreherei täglich 5 bis 10 Minuten länger als die gesetzlichen 11 Stunden arbeiten, in Nidwalden verfuhr ein Fabrikant die Mittagspause auf eine halbe Stunde. Die aargauische Regierung berichtet: „Während viele Etablissements von sich aus den Normalarbeitszeit reduzieren, mindestens auf 10 und 10 1/2 Stunden und dabei gut fahren, haben andre das Bestreben, denselben bei jedem sich ihnen bietenden Grunde auszuweiden und einen etwaigen Ausfall in der Arbeitszeit infolge geringfügiger Betriebsstörungen sogar nach Minuten berechnet wieder einzuholen.“ Auch Sonntags- und Nachtarbeit wurde in zahlreichen Fällen bewilligt. Trotzdem wurden die bezüglichlichen Vorschriften, auch diejenigen zum Schutze der Frauen und Kinder, immer wieder übertreten und sind daher in der Berichtsperiode viele Verwarnungen und Verweise erteilt, sowie Bußen verhängt worden. Die letzteren bewegen sich zwischen 5 und 200 Fr. Im Graubündener Berichte heißt es: „Abfällige Inzidenzhandlungen gegen bestehende Vorschriften sind nicht zur Anzeige gelangt. In mehreren Fällen, in welchen ungesetzliche Handlungen angezeigt wurden, war Unkenntnis der Vorschriften die Ursache.“ Zu dieser gelungenen Verschönerung kapitalistischer Gesetz- und Rechtslosigkeit sei nur bemerkt, daß Graubünden zu den social rückständigsten Kantonen gehört. Der Berner Bericht erwähnt 83 Strafanzeigen wegen Uebertretung des Gesetzes, ferner 110 Verwarnungen und Anordnungen zur Verrückung bestehender Mängel, zu deren näherer Beleuchtung eine ganze lange Musterliste angeführt wird. An die klägliche Durchführung des Schweizerischen Fabrikgesetzes ist unter solchen Umständen noch lange nicht zu denken.

Sociale Rechtspflege.

Etwas vom Zustellungsverfahren in Unfallsachen. Die frühere Bestimmung, daß die Zustellung in Unfallsachen durch die Post erfolge, ist ersetzt durch eine Bestimmung, wonach die Zustellung durch eingeschriebenen Brief erfolgen kann. Eine Zeitlang herrschten nun in der Rechtsprechung Zweifel darüber, ob durch diese Aenderung alle Zustellungsarten der Zivilprozess-Ordnung anerkannt worden seien und ob somit die Konsequenz wäre, daß die danach zulässige eventuelle Zustellung an den Hauswirt unter allen Umständen genüge, ganz gleichgültig, ob dieser sie rechtzeitig weiter gebe oder ob der Verletzte bei an sich verspätetem Eingreifen des Rechtsmittels sich darauf berufen könne, daß ihm das Dokument zu spät vom Hauswirt übergeben sei. Der Zweifel darüber ist beseitigt, nachdem sich der erweiterte Senat des Reichs-Versicherungsamtes mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Das Reichs-Versicherungsamt nimmt jetzt an, daß die Zustellung an den Hauswirt (durch eingeschriebenen Brief) unter allen Umständen genügt und rechtskräftig erfolgt. Der Verletzte kann also um sein Rechtsmittel, eventuell um einen berechtigten Anspruch kommen, wenn an den Hauswirt die Zustellung erfolgte und dieser die rechtzeitige Weitergabe verbummelte.

Gerichts-Zeitung.

Die Revisionsverhandlung im Prozeß Hüffener. Kiel, 6. Juli. Heute vormittag 8 Uhr begann vor dem Ober-Kriegsgericht die Revisionsverhandlung gegen Hüffener zur See Hüffener. Die Verurteilung des Gerichtsherrn erstreckt sich nur auf die Annahme des Gerichts, daß ein minder schwerer Fall vorgelegen habe. Die von Hüffener gegebene Darstellung des Sachverhalts deckt sich mit den vom Angeklagten in der ersten Verhandlung gemachten Angaben. Der juristische Beisitzer Marine-Kriegsgerichtsrat Köster sucht durch Fragen Widersprüche aufzuklären, die im Verdict enthalten sind. Die Beweisnahme ergibt im Vergleich zur ersten Verhandlung keine wesentliche Aenderung des Thatbestandes.

Nach zweistündiger Beratung verurteilte das Oberkriegsgericht folgendes Urteil: Es ist dahin erkannt worden, daß das Urteil des Kriegsgerichts der ersten Marine-Inspektion vom 20. Mai d. J., soweit es den Angeklagten des Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen für schuldig erklärt, mit den für dieses Vergehen und wegen Mißhandlung eines Untergebenen in Idealfonturgen verhängten Einzelstrafen und der gesamten Strafe aufgehoben wird und der Angeklagte der vorschriftswidrigen Behandlung eines Untergebenen für schuldig erklärt, und wegen vorschlüßiger Mißhandlung eines Untergebenen mit tödlichem Ausgange zu zwei Jahren und sieben Tagen Festungshaft verurteilt wird. Zwei Monate und sieben Tage sind durch die Untersuchungshaft für verbußt zu erachten.

Die zweite Instanz hat also, wie man voraussichtl., den instruktionsgemäßen militärischen Rord erheblich milder beurteilt; in der ersten Instanz wurde er zu vier Jahren Gefängnis verurteilt!

Streitverfahren. Im November vorigen Jahres wurde in der Fabrik von Wolter Hiesel, Müllerstraße, gestreikt; der Streik hatte in der Maßregelung einiger Arbeiter seinen Grund. Die übrigen Arbeiter Wolters erklärten sich mit den Bemerkungen solidarisch und verlangten deren Einstellung. Als die Firma dieses Verlangen ablehnte, brach der Streik aus. Dem Angeklagten, former Wische, wurde nun zur Last gelegt, den Lehrling Pritschow durch Ehrverletzung — thätliche Anrempeln auf offener Straße — zu bestimmen versucht zu haben, an einer Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohnbedingungen teilzunehmen, und zugleich damit groben Unfug verübt zu haben. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten nur wegen groben Unfugs zu 3 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legten sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung ein. Die Beweisnahme ergab, wie in erster Instanz, daß Angeklagter den Pritschow, als er bei diesem vorüberging, angerempelt. Pritschow sagte dieses Anrempeln als ein abfälliges an. Er meinte, Wische habe dies aus Kerkel darüber gethan, daß er — Zeuge — weiter bei Wolter arbeitete. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung des Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 und Rötigung. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heilmann plädierte auf Freisprechung. Von einer Rötigung könne keine Rede sein, da Angeklagter dem Pritschow nur seinen Anmut darüber ausgedrückt habe, daß dieser bei Wolter weiterarbeitete. Daß er ihn durch den Stoß habe nötigen wollen, sich dem Streik anzuschließen, dafür fehle es an jedem Anhalt, da Wische kein Wort zu Pritschow gesagt habe. Aus diesem Grunde sei auch von der Anwendung des § 153 keine Rede, der übrigens deshalb schon ausscheide, weil der Streik nicht die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Einstellung gemäßigter Arbeiter betraf. Grober Unfug liege nicht vor, da sich das Anrempeln gegen die ganz bestimmte Person des Pritschow, aber den Wische ärgert war, richtete, nicht gegen das Publikum in seiner Allgemeinheit. Höchstens komme Verleumdung in Frage. Wegen dieser aber sei Straf Antrag nicht gestellt.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es annahm, daß Wische einmal den Angeklagten zu keiner Handlung oder Unterlassung Wische nötigen wollen. Damit falle die Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung und die Rötigung. Auch betraf der Streit nicht die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Deshalb sei ebenfalls der § 153 nicht zur Anwendung zu dringen. Grober Unfug liege nicht vor. Wihin sei der Angeklagte freizusprechen.

Die „Berliner ärztliche Korrespondenz“ des Dr. Joachim hatte sich in ihrer Nr. 25 darüber aufgeregt, daß die Ärzte Dr. Curt Freudenberg und Dr. Paul Bernstein sowie noch zwei andre Mediziner einen auf vom Naturheilkundigen Max Caniz und verschriebenen andren Reuten unterschriebenen Kursus mitunterzeichnet

hatten, welcher der Gründung eines Abstinenzheims dienen sollte. Die „Korrespondenz“ nannte Herrn R. Caniz in der fraglichen Publikation einen „ber... Kurpfuscher“ und „Hegapostel“ und behauptete, Caniz beschimpfe und verunglimpfe die approbierten Ärzte in von ihm einberufenen Volksversammlungen. Herr Caniz verklagte den Herausgeber und Redakteur der „Korrespondenz“, Herrn Dr. Joachim, wegen Verleumdung. Der Angeklagte wurde auch in zweiter Instanz vom Landgericht I zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht ging davon aus, daß der Angeklagte nur deshalb zu verurteilen sei, weil er dem Wort Kurpfuscher die Buchstaben „ber“ mit acht Punkten dahinter vorangesezt habe. Das solle heißen „berächtigt Kurpfuscher“ und deute entschieden auf die Absicht der Verleumdung. Hinsichtlich der Worte Kurpfuscher und Hegapostel siehe dem Angeklagten als Arzt und Redakteur einer ärztlichen Zeitschrift der Schutz des § 193 zu, auch sei durch Vernehmung verschiedener Zeugen der Wahrheitsbeweis dafür erbracht, daß Caniz in Volksversammlungen die approbierten Ärzte schief angegriffen und in der öffentlichen Meinung herabgesetzt habe. — Der verurteilte Dr. Joachim legte Revision beim Kammergericht ein und verlangte seine gänzliche Freisprechung. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf aber die Revision als unbegründet. Der Vorderrichter habe ohne Rechtsirrtum angenommen, daß das Wort „berächtigt“ nicht zur Wahrnehmung berechtigter Interessen, sondern nur bei Gelegenheit der Wahrnehmung solcher Interessen gebraucht worden sei, was die Strafbarkeit nicht ausschließe.

Der Schuhmacher als Trödelhändler. Die Inhaber von kleinen Schuhmacher-Werkstätten und Verkaufsstellen, namentlich in Berlin, betreiben vielfach neben dem Verkauf neuer Stiefel, der Anfertigung von Stiefeln und Ausführung von Reparaturen für Kunden, noch einen Handel mit alten Stiefeln, die sie vorher reparieren und aufbereiten. Ein solches Geschäft hatte auch die Frau Kördel in Berlin; ihr Mann, der Schuhmacher ist, macht Reparaturen und Reparaturen für Kunden und repariert auch die aufgelaufenen alten Schuhe, die neben neuen im kleinen Geschäftsraum zum Verkauf gelangen. Frau K. wurde nun auf Grund der §§ 85 und 88 der Gewerbe-Ordnung und der ministeriellen Bekanntmachung vom 30. April 1901 angeklagt, weil sie kein Trödelbuch führte, wie es für den Trödelhandel (Handel mit gebrauchten Kleidern usw.) vorgeschrieben ist. — Sie bestritt, zur Führung des Trödelbuchs verpflichtet zu sein, und machte geltend, daß das Auffrischen und Verkaufen gebrauchter Stiefel ein integrierender Bestandteil des Schuhmacherhandwerks sei, welches sie beziehungsweise ihrer Mann ausübe. Das Landgericht verurteilte sie jedoch zu einer Geldstrafe und das Kammergericht in Berlin verwarf ihre Revision und führte aus: Stiefel gehörten zu den Kleidern im Sinne der angezogenen Bestimmungen und es läge ein Trödelhandel vor, wenn gebrauchte Stiefel vom Schuhmacher aufgelaufen, repariert und wieder in den Handel gebracht würden. Es hätte ein Trödelbuch geführt werden müssen.

Um die Beschaffung eines Waschkessels für eine Lehrer-Dienstwohnung drehte sich ein Rechtsstreit der Gemeinde Emstücken mit der Regierung zu Münster. In der Dienstwohnung des Lehrers in Emstücken gehört eine Waschküche, in welcher aber der übliche Kessel fehlt. Die Gemeinde verweigerte die Beschaffung eines solchen auf ihre Kosten, die Regierung in Münster ordnete schließlich an, daß die Gemeinde dem Lehrer den Kessel zu besorgen habe. Die Gemeinde klagte darauf beim Kreisaußschuß, wurde aber abgewiesen mit der Begründung, daß der Lehrer Anspruch auf einen Kessel habe, wenn mit der Lehrer-Dienstwohnung eine Waschküche verbunden sei. Der Bezirksauschuss erkannte indessen zu Gunsten der Gemeinde und führte aus, eine Waschküche könne nicht als notwendiges Zubehör zu einer Lehrer-Dienstwohnung angesehen werden, wenn es sich, wie hier, um ländliche Verhältnisse handle. Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf die gegen dieses Urteil eingelegte Revision der Regierung.

Der Papst im Sterben.

Seit Sonnabend ist der 84jährige Papst Leo XIII. schwer erkrankt, und man sieht stündlich seiner Auflösung entgegen. Am Montag früh verbreitete sich in Rom die Kunde des Ablebens, jedoch war die Nachricht irrtümlich. Noch bis zum späten Abend am Montag erhielt die Kunst der Ärzte das schwindende Leben.

Wir verzeichnen aus der Fülle der offiziellen Telegramme nur die hauptsächlichsten.

Rom, 5. Juli. Ueber das Befinden des Papstes ist heute vormittag folgendes Bulletin veröffentlicht worden: Dr. Lippioni hatte, da ihm der Gesundheitszustand des Papstes Besorgnis einflößt, eine Besprechung mit Dr. Mazzoni, der die von Dr. Lippioni auf „senile Deposition der Lunge“ gestellte Diagnose bestätigte und die von Dr. Lippioni eingeschlagene Behandlungsweise billigte. Der allgemeine Zustand des Papstes ist in Anbetracht seines Alters ernst, für den Augenblick aber nicht beunruhigend.

Rom, 6. Juli, 6 Uhr abends. Die Umgebung des Vatikan und der Petersplatz zeigen das gewöhnliche Aussehen, nur sieht man, daß zahlreiche Kardinäle und andre kirchliche Würdenträger sich nach dem Vatikan begeben, unter ihnen die Kardinäle Serafino Vannutelli, Gotti und Di Pietro, Kardinal-Staatssekretär Rampolla benachrichtigte heute vormittag das Heilige Kollegium vom Zustande des Papstes. Der Kardinal-Kämmerer Dreghia begab sich um 11 Uhr nach dem Vatikan und blieb eine Stunde; um 4 Uhr nachmittags erschien er dort aufs neue und verweilt noch dafelbst.

Rom, 5. Juli, 11 Uhr abends. Der Papst empfing die Kommunikation. Für alle Kirchen sind Gebete angeordnet. Die Schwäche im Befinden des Papstes hat bedeutend zugenommen!

Rom, 6. Juli, nachmittags 5 Uhr. Gegen Tagesanbruch ließ der Papst sich in einen Rehnstuhl tragen, in welchem er noch sah, als um 8 1/2 Uhr die Ärzte Dr. Lippioni und Dr. Mazzoni erschienen. Die leichte Besserung hielt im Laufe des Tages an. Indessen ist die Gefahr bei weitem noch nicht entfernt.

Rom, 6. Juli. Der heute abend 8 Uhr veröffentlichte Krankheitsbericht lautet: Heute abend machen sich deutliche Anzeichen allgemeiner Kräfte-Abnahme bemerkbar. Die Atmung ist häufiger und oberflächlich. Der Puls ist klein und zuweilen nicht fühlbar. Die Temperatur ist abnehmend unter normal. Die geistigen Kräfte sind ungetrübter. geiz. Lippioni, Mazzoni.

Rom, 6. Juli. (B. L. B.) Die Ärzte des Papstes haben, nachdem von ihnen zunehmender Kräfteverfall festgestellt worden ist, fast alle Hoffnung aufgegeben, daß der Papst die Krisis überleben könne. Die Nachbarnahme ist völlig ungenügend und die Herzthätigkeit, die aufzufehen droht, wird nur durch Heilmittel aufrecht erhalten. Der Zustand der Lunge ist unverändert, doch glaubt man, daß der Papst die Nacht überleben wird. Der Papst hat fast den ganzen Tag im Rehnstuhl zugebracht, weil ihm sitzend das Atmen leichter wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus Dortmund wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Durch einen zu früh losgehenden Sprengschuß wurden auf Feste „Margarete“ zwei Vergleute tödlich und einer leichter verletzt.

Louise in England.

Dover, 6. Juli. (B. L. B.) In einer Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Mayors führte Präsident Louise aus, er komme im Namen Frankreichs und auf die liebenswürdige Einladung des Königs und bringe dem großen Nachbarvolke einen öffentlichen Freundschaftsbeweis. England und Frankreich hätten nicht allein Interessengründe, um zusammenzugehen und zu einer Verständigung zu gelangen; beide Länder hätten auch ihre Wohlfahrt auf freibeiwillige Einrichtungen gegründet und hätten das gleiche Bestreben, den Frieden zu erhalten. Ihr Einvernehmen müße nicht nur ihnen selbst, sondern auch dem Fortschritt der Civilisation und der Wohlfahrt der Menschheit.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Die Magdeburger „Vollstimme“ hat seit dem 1. Januar 2500 neue Abonnenten gewonnen; die Hauptzunahme von 1500 datiert aus der Wahlbewegung.

Sociales.

Die Arbeitslosenzählungen in Württemberg nach dem von und schon geschilderten System der freiwilligen Meldung haben mit einem fast gänzlichen Fiasco dieses Systems geendet.

Aus der Frauenbewegung.

Die Tätigkeit des ersten sozialdemokratischen Wahlvereins der Frauen Berlins und der Umgegend. Zum ersten Male haben bei der diesjährigen Reichstagswahl die sozialdemokratischen Frauen Berlins und Umgegend das allerding nur wenige Wochen währende Recht, einen politischen Verein zu gründen und ihm als Mitglieder anzugehören, in ergiebiger Weise ausgenutzt.

Lehrerinnen und Genossen vor dem Schwurgericht.

Durch Zeugenaussagen wird in der gestrigen fortgesetzten Verhandlung erwiesen, daß die Grundskizzen auf Veranlassung der Lehrersfrau viel zu hoch, zum Teil um 100 Proz. zu hoch angefertigt worden sind.

Aus Industrie und Handel.

Androhung amerikanischer Kompensationszölle von deutschem Zucker. Die Bundesregierung in Washington nimmt bekanntlich den Standpunkt ein, nach dem 1. September d. J., dem Tage des Inkrafttretens der Brüsseler Konvention, Kompensationszölle auf Zucker aus denjenigen Ländern zu erheben, die entgegen den in Brüssel getroffenen Abmachungen weiter Exportprämien gewähren würden.

Von den rumänischen Rentenschwindelern. Die hochhaffige „L'Independance Roumaine“ veröffentlicht nach einem Bericht der „Frankf. Bz.“ in Bezug auf die Auslosungs-Falschungen eine Tabelle, aus der sich ergibt, daß allein zu Gunsten von Alabach 822 Litres zu 5000 Frank das Stück „gezogen“ worden sind.

Entdeckung von Petroleum in Alaska. Die vor einiger Zeit in Alaska entdeckten Petroleumquellen scheinen nicht nur von ziemlicher Ausdehnung zu sein, sondern auch Öl von guter Qualität zu liefern.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Wahlvereins-Versammlung für den Juli ausfällt und vom August an wieder mit frischen Kräften die Agitation aufgenommen wird.

Röpenitz. Zwecks Abrechnung werden sämtliche Parteigenossen, welche sich am Tage der Wahl, 16. Juni, zur Verfügung gestellt hatten, ersucht, am Donnerstag, den 9. Juli, abends 7-8 Uhr, im Lokal des Genossen Helling, Schönherlinder- und Adlerhöferstraßen-Ecke, zu erscheinen.

Ferien!

Das Wort „Ferien“ hat für die Schuljugend, für unsere Jungen und Mädchen einen gar lieblichen Klang. Auch ein fleißiger Schüler atmet erleichtert auf, wenn er einmal für ein paar Wochen die drückende Schulpflicht von sich abstreifen darf.

Es gab eine Zeit, wo man den Schülern außer den Unterrichts- und Ferienzeiten durch die Rücksicht auf Ernte usw. geboten schienen, keine Ferien gewähren mochte. Am liebsten hätte man die Jugend jahraus jahrein ohne jede Pause in den Drill des Unterrichts eingepaant.

Daß neben der Arbeit auch die Ruhe stehen muß, daß auch die vielgescholtene, verachtete Faulheit, wenn sie an rechter Stelle und zu rechter Zeit den Fleiß abgelöst, notwendig ist und Augen dringt, das will sich schon in manche Köpfe absolut nicht hineinbämmern lassen.

Der Schuljugend sind längst ihre regelmäßigen Ferien garantiert, und auch in der Frage der Ferienarbeiten entscheidet heute nicht mehr das Belieben des einzelnen Lehrers, sondern die behördliche Bestimmung. Für die erwerbstätigen Erwachsenen dagegen haben wir es erst bis zu Gesetzesbestimmungen über die Sonntagsruhe gebracht.

Wie man heute, wo wenigstens für das Schulkind das Recht auf Ferien anerkannt ist, über den Ferienanspruch des Arbeiters denkt, das zeigt in drastischer Weise die Verhandlung, die dem noch schulpflichtigen Arbeiter, dem erwerbstätigen Kinde, zu teil wird.

kennt auch keinen Ferienaufenthalt bei den Großeltern in der Provinz, wie sonst manches Kind aus wenig bemittelter Familie. Für das erwerbstätige Schulkind giebt es keine Entsendung in eine Ferienkolonie und auch keine Beteiligung an den Ferienpielen, die auf Schulhöfen und Spielplätzen veranstaltet werden.

Schon wieder Streikposten verhaftet.

Die an russische Zustände erinnernden Maßnahmen, welche die Polizeibeamten gegen die in der Sophienstraße aufgestellten Streikposten des Metallarbeiter-Verbandes ausübten, werden trotz der öffentlichen Kritik, trotz des Einspruchs der unter polizeilicher Willkür leidenden Arbeiter und trotz der Beschwerden an höhere Instanzen unbeirrt fortgesetzt.

Am Abend des 1. Juli, 11 1/2 Uhr, stand ich als Streikender der Firma Wehlich Streikposten. Ich war im Begriff, von der Großen Hamburgerstraße durch die Sophienstraße zu gehen, als der Schuttmann Nr. 1629 an mich herantrat und mich für verhaftet erklärte.

Der Mann wird eingekerkert! Es wurden dann meine Personalien festgestellt, mir meine Sachen abgenommen und ich selbst in die Zelle gesperrt. Gegen 3 Uhr morgens fuhr der grüne Wagen vor und ich wurde mit demselben nach dem Alexanderplatz gebracht.

Das ist ja unerhör! Er forderte mich auf, mitzukommen, und verfügte gleich darauf gegen 3 1/2 Uhr morgens meine Freilassung, begleitete mich bis zur Ausgangstür mit dem Bemerkten, damit ich weiter nicht behelligt werde.

Die Ferien-Freikurse für jedermann zur Erlernung der englischen und französischen Sprache sowie doppelten Buchführung beginnen diesen Sommer Mitte Juli. Meldungen sind zu richten: Berliner Handelsakademie, Kommandantenstr. 80 (Dönhofsplatz).

Drei unangeführte Todesfälle beschäftigen gegenwärtig die Behörden. Der 40 Jahre alte Tapezierer Max Richter aus der Kleinen Frankfurterstraße 7, der sich durch Klavierpielen in Wirtshäusern ernährte, wurde von Leishämmerchen befallen und klagte seiner Wirtin, daß er zu kaltes Bier getrunken habe und dadurch von Unwohlsein befallen sei.

Als ein Wüterich erwiesen hat sich der 24 Jahre alte Schneider Karl Aulide, der in der Wörtherstraße arbeitet. Vor etwa einem halben Jahre ging er ein Liebesverhältnis ein mit der 23jährigen Aufwärterin Marie Krüger aus der Lindenstraße 20.

Das Liebesdrama in Charlottenburg ist nunmehr völlig aufgeklärt. Der junge Mann ist der 22 Jahre alte Kaufmann Arthur Simon, der in dem Putzgeschäft von Wischke in Potsdam angestellt war und die 20jährige Johanna Manski eingemietet hatte.

wurde angeborgt und gleich darauf an einen befreundeten Kaufmann nach Frankfurt a. O. eine Karte gerichtet, auf der die bevorstehende Tat mitgeteilt wurde. Am nächsten Morgen — Freitag — kaufte Simon in der Friedrichstraße den Revolver und traf, gleich nachdem er das Geschäft verlassen hatte, auf der Straße mit dem Reichsrichter zusammen, den er von Kottbus her kannte. Von diesem entließ er die Ausweispapiere und verpfändete, während der Freizeut mit dem Mädchen in einem Wirtschaftshaus wartete, seine Uhr. Sicherlich ahnte nichts von dem Vorhaben des Liebespaars. Rummel unternahm Simon mit seiner Frau eine Dampferfahrt nach Grünau, zu der sich beide in einer Droschke nach der Jannowstraße fahren ließen. Von dort fuhren sie nicht in ihren Gasthof zurück, sondern suchten so lange nach einem passenden Ort zur Ausführung des Mordplanes, bis sie in Charlottenburg die unbebaute Straße fanden.

Erhängt und erschossen hat sich am Sonntagmittag der 53 Jahre alte Werkführer Paul Schmitt aus der Zwillingstr. 14. Infolge von Augenblutungen konnte er seit 14 Tagen nicht arbeiten. Seine Ehefrau verließ um 6 Uhr die Händlichkeit und kehrte um 9 Uhr zurück. Sie fand ihren Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe am Ofen erhängt. Sein Revolver lag auf dem Fußboden. Ein auf dem Tisch liegender Zettel war an den Sohn gerichtet, von dem der Vater Abschied nimmt. Das Verbrechen, wonach die Tat infolge eblicher Zwistigkeiten verübt wurde, erklärt die Frau für unzutreffend und bezeichnet die Krankheit als die Ursache.

Ein Falschmünzer wurde in der Person des 29 Jahre alten, aus dem Königreich Sachsen stammenden Kaufmanns Eugen Keisse hier auf der Straße eingefangen, als er sich mit einem toeben erworbenen Stempel entfernen wollte. Er hatte bei einem Graveur in der Alexanderstraße einen sehr sauberen und fein gearbeiteten Stempel zur Herstellung von 20-Markstücken bestellt. Auf der einen Seite sollte der Adler, auf der anderen das Bildnis Kaiser Wilhelm II. enthalten sein. Der Stempel, der angeblich zum Aufdrucken auf Wappe und Holz Verwendung finden sollte, mußte dazu aus hartem Stahl, nicht etwa aus Kautschuk hergestellt werden. Als Modell sollte ein 20-Markstück dienen. Keisse brachte auch eine Probehälfte mit, damit die später anzufertigenden Falschstücke die erforderliche Größe und Stärke erhalten konnten. Die Hälfte erwiderte den Verdacht des Graveurs, der die Polizei benachrichtigte. R., der in einem feinen Gasthof am Potsdamerplatz wohnte, wurde nun beobachtet. Es blieb stets nur einige Stunden in Berlin und begab sich dann nach einem Vorort. Von hier scheint er auf Umwegen seinen eigentlichen Sitz erreicht zu haben. So konnte niemals ermittelt werden, mit wem er verkehrte. Auch in den Drischäften, von wo aus er Briefe an den Graveur richtete, konnte kein Complice entdeckt werden. Endlich kam R., um den Stempel abzuholen, auf den er schon eine Anzahlung geleistet hatte. Er entrichtete glatt die Restschuld und entfernte sich, während sich Kriminalbeamte an seine Fersen hefteten. Der alte Fuchs, der schon wegen Münzverbrechens vorbestraft ist, war aber zu schlau; er wandte alle Vorsichtsmassregeln an, um etwaigen Verfolgern zu entkommen. Fast wäre er in der Leipzigerstraße im Gedränge entwischt, wenn die Beamten nicht zur Festnahme geschritten wären. Seine Verbindungen sind somit noch nicht bekannt geworden. Er giebt die beabsichtigte Falschmünzerei zu, will aber keinen Helfer besitzen. Früher reiste er in Schneidartikeln und Eisenwaren, dann nach dem Stehlen der Verbrecherlaufbahn brachte er namentlich falsche Zweimarkstücke — in den Verkehr.

Schwer verletzt wurde am Sonntagmittag ein 7jähriger Knabe aus der Frühlingsstraße in Reinickendorf. Im Vorstadtpark daselbst, wo mehrere Karussells, Schaukeln u. lebhaft frequentiert werden, trotz der Kleine durch die Umarmung der Schaukeln, während diese im Betrieb waren. Ehe der Kleine zurückgehalten werden konnte, schlug eine Scheitel mit voller Wucht gegen den Kopf des Knaben, der schwer verletzt in die dicht bei der Unfallstelle gelegene Wohnung seiner Eltern gebracht wurde. Eine Wundheilung für Eltern dürfte es sein, ihre Kleinen nicht unbeaufsichtigt in den Vergnügungsorten zu lassen.

Ein gefährlicher Waldbrand wütete gestern, Sonntagmittag, zwischen Pflaumen- und Mönchhofe. In der Köpenick-Dohle-Waldhofscher Forst hatte das dürre Gras auf noch unaufgeklärte Weise Feuer gefasst, welches sich bei der Tageshitze schnell ausdehnte und den hohen Kiefernbestand in Brand setzte. Feuernehmer von Friedrichshagen und Einwohner der benachbarten Drischäften waren schnell auf der Brandstelle mit Schaufeln erschienen. Nach langer, anstrengender Arbeit konnten sie um den Brandherd, welcher schon mehrere Morgen Kiefernwald niedergebrannt hatte, einen Graben aufwerfen und eine weitere Ausdehnung des Feuers verhindern. Erst nach 12 Uhr nachts konnten die Mannschaften in ihre Drischäften zurückkehren.

Die großen internationalen Flieger-Rennen, welche am Sonntag im Sportpark zu Friedenau stattfanden, und in welchen die besten Fahrer der Welt zusammentrafen, boten wohl die interessantesten Rennen, welche in dieser Saison in Berlin abgehalten wurden. Wir erwähnen aus der Fülle der 45 Teilnehmer nur die Namen: Arend-Berlin, Quiffon-Galais, Virgo-Turin, Ellegaard-Odense, Huber-München, Scheuermann-Dresden, Schilling-Amsterdam, Seidl-Wien. Das Resultat des Rennens war: 1. Lauf: 1. Tamphal-Charlottenburg 1:59, 2. Scheuermann, 3. Cervato, 4. Dirheimer. 2. Lauf: 1. Bettinger 2:07, 2. Mayer, 3. Stol, 4. Huber, 5. Lauf: 1. Vader 2 M. 0,54, 2. Althoff, 3. Virgo, 4. Stindel. Endlauf 1600 Meter. 200, 100, 50 M. Sieger: Tamphal 2 M. 0,21, 2. Stol, 3. Stindel, 5. Landem-Hauptfahnen, 2. Vorkläufe a 1000 Meter. Die ersten zwei Paare kommen in den Endlauf. 1. Lauf: Ellegaard-Arend 1 M. 17,1 S., 2. Huber-Seidl. 2. Lauf: 1. Schilling-Kudela 19,1, 2. Gros-Virgo. Endlauf 2000 Meter. Drei Breife 300, 150, 100 M. Sieger: Ellegaard-Arend 3 M. 28, 2. Schilling-Kudela, 3. Huber-Seidl, 6. Landem-Prämienfahren 3000 Meter. Dem ersten Paare 20, dem zweiten Paare jeder Runde 10 M., für die letzte Runde 100, 80, 50 M. Sieger: Scheuermann-Vader 3 M. 36, 2. Gros-Virgo, 3. Conrad-Althoff.

Aus den Nachbarorten.

Ein eigenartiges Nachspiel

hat die Reichstagswahl im Wahlkreise Potsdam-Spandau-Dschabeland in dem großen Töpferdorfe Stellen gehabt. Dort wurden überwiegend socialdemokratische Stimmzettel abgegeben und bei der Stichwahl auch die invaliden Arbeiter, welche nicht mehr ordentlich laufen konnten, mittels Fuhrwerks, das ein Genosse stellte, zum Wahllokal befördert. Am 1. Juli erschienen nun verschiedene Arbeiterfrauen, deren Männer Invaliden- und Unfallrenten bezogen, im Amtsbureau, um sich daselbst die Bescheinigungen zu holen, daß die betreffenden Rentenempfänger noch am Leben sind. Bisher hatte der Amtsvorsteher Giese stets ansichtslos diese Bescheinigung denjenigen Rentenempfängern, welche infolge ihres Gesundheitszustandes nicht persönlich nach dem Amtsbureau kommen konnten, erteilt, jetzt aber verweigerte er dies mit der Motivierung, daß wer sich zur Reichstagswahl fahren lassen kann, sich auch jetzt nach dem Amtsbureau fahren lassen könne. In Berlin hätten zu dem so viele Personen gewählt, die gar nicht mehr lebten und könne er daher nicht mehr so ohne weiteres glauben, daß die Rentenempfänger persönlich ihre Unterschrift unter den Quittungen gegeben hätten. Die Folge dieser Maßnahme war, daß verschiedene Frauen der Rentenempfänger ihre Männer auf Handwagen nach dem Amtsbureau führten, was in dem Ort großes Aufsehen erregte. Eine Frau mußte, da ihr Mann nicht transportfähig war, eine ärztliche Bescheinigung darüber beibringen. Auf diese Weise hat sich wenigstens der Herr Amtsvorsteher davon überzeugen können, daß in Belten keine Verstorbene gewählt haben!

Siegesfeiern wurden am Sonntag aus Anlaß der glänzenden Wahlergebnisse verschiedentlich abgehalten, die infolge des prächtigen Wetters überall gut besucht waren und ohne den geringsten Mißton verliefen. In Niederbarnim fanden deren zwei statt, eine in Waldmannslust, die andre in Lichtenberg. Im letzteren Orte hatten sich viele Tausende in der Terrassen eingeklemmt, wo das Festkomitee für Anregung und die nötige Unterhaltung bestens Sorge getragen hatte. Einen imponierenden Eindruck machte hier besonders der bei bengalischer Beleuchtung des Sees von Tausenden von Proletariatskinderen ausgeführte Fackelzug. Für den Kreis Teltow-Beeskow waren die Genossen im Volkshause zu Charlottenburg zusammen. Hier wies Genosse Hirsch, der für den verhinderten Abgeordneten Zubeil einsprang, auf die bevorstehenden neuen und ersten Kämpfe hin. Unter den künstlerischen Darbietungen sind besonders die Gesangsstücke von Frau Wilmann und Dr. Vortrag „Prometheus“ von Genosse Dr. Albert hervorzuheben. Beim munteren Tanz blieb die Jugend bis zum hellen Morgen beisammen.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien mit dem Anlauf eines Grundstücks für den notwendigen Schulhausbau. In der Pfarrstraße an der Frankfurter Chaussee wurde ein geeignetes Terrain zum Ankauf empfohlen, in Neu-Lichtenberg (an der Ostbahn) soll ein weiteres Terrain gesichert werden. Nachdem eine Reihe ausnahmsweise Baugenehmigungen genehmigt waren, veranlaßte die von den Grundstücksanlegern geforderte Durchlegung der Scharrnweberstraße eine zum Teil recht lebhafte Debatte. Die Anlieger, deren Grundstücke in den letzten zehn Jahren sich im Werte verdreifacht haben, verlangen nicht weniger, als daß die „Gemeinde“ den Löwenanteil der auf 15.000 Mark berechneten Kosten tragen und außerdem auf bestimmte Rechte verzichten soll. Herr Bloz ergreift der Versammlung die wunderbare Mär, daß die Gemeinde von dem bebauten Grundbesitz an Steuern nichts habe, die für diesen zu machenden Aufwendungen absorbieren die Einnahme! Wenn aber die Gemeinde hier die Durchlegung vornehme, so würde der heute mit 300 M. pro Ante angenommene besteuerte Wert auf etwa 1000 M. pro Ante, eine Wertsteigerung, die dem Gemeindehaushalt zu gute komme. Er vergah aber zu sagen, daß auch hier das „Nein“, und noch dazu vorläufig, den so schwer ums tägliche Brot kämpfenden bebauerten Grundbesitzern wieder zugeführt werden sollte. Unse Genossen hatten wohl nicht so unrecht mit ihrer Bemerkung, daß Herr Bloz in der That der berufene Vertreter der „überaus bescheidenen“ und „immer zufriedenen“ Grundbesitzer sei. Der Konsens zur endgültigen Anlegung der Jungstraße wurde dem Baumeister G. Bauer erteilt und Asphalt als Pflastermaterial bestimmt.

Brix. Durch den Gebrauch des Messers ist in der Nacht vom Samstag zum Sonntag ein blühendes Mädchenleben vernichtet worden. Der Barbiergehilfe Karl Vogel, der Hilfsarbeiter Hoffmann und noch mehrere junge Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren kamen gegen 12 Uhr nachts in das Pöbelsche Lokal, Chausseestraße 108. Dort befand sich der wegen Körperverletzung vorbestrafte Blasergehilfe Kaleski. Ohne jede Veranlassung suchte derselbe Streit mit den Erschienenen. Unter der Drohung: „Wer ihm zu nahe käme, dem ginge es schlecht“, zog er ein Dolchmesser aus der Tasche und verließ das Lokal. Als kurz nach 1/1 Uhr Vogel und Genossen das Lokal verließen, erhielt der vorangehende B. einen Stich in den Hals, welcher Rüstrohre und Schlagader traf. Ein zweiter Stich traf die linke Schulter. Der hinzupringende Hoffmann erhielt einen Stich in den Kopf und einen in den linken Oberarm. Beide wurden zum Verbinden nach dem Strickathenhaus gebracht, aber unter den Händen der Ärzte verblutete Vogel. Der leichtverletzte Hoffmann verließ am Sonntag das Krankenhaus. Noch in den Vormittagsstunden wurde der Messerheld verhaftet und in einer Arrestzelle des Amtshauses interniert.

Steglich. Mächtige Feuerarbeiten, die heute morgen gegen 1/3 Uhr in der Gegend des Wohnhofes aufstiegen, brachten bald eine ungeheure Menschenmenge auf die Weine. Es brannte die in der Nähe des Güterbahnhofes gelegene Häfellschneiderei und Pauragehandlung. Die erschienenen Feuerwehren mußten sich darauf beschränken, die in der Nähe stehenden beladenen und leeren Güterwagen in Sicherheit zu bringen und das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der geräumige Schuppen brannte vollständig nieder. Wie es heißt, sollen auch einige Pferde dem Element zum Opfer gefallen sein. — Der Brand dürfte höchstwahrscheinlich durch von Lokomotiven ausgeworfene Funken entstanden sein; hier wäre denn doch die Frage berechtigt, ob es zulässig ist, einen so feuergefährlichen Betrieb in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn zu dulden.

Kledenan. Anfang Juni erhielt der erste Vorsitzende unseres Wahlvereins, Genosse Paul Schmidt, vom hiesigen Amtsvorsteher ein Strafmandat in Höhe von 3 M. wegen Uebertretung. Auf seine Veranlassung wären Plakate betreffend die Maßregeln an Baumäusen angeklebt worden. Auf hiergegen eingelegte Berufung fand am 2. Juli vor dem Schöffengericht Termin statt. Als Zeuge war Wachmeister Meher, welcher die Anzeige erstattete, geladen. Dieser konnte jedoch nicht behaupten, daß Schmidt die Zettel hat ankleben lassen. Der Wachmeister erklärte, er hätte sich eifrig bemüht, den herauszubekommen, der die Zettel angeklebt, da ihm dies aber nicht gelungen, so habe er den Vorstand dafür verantwortlich gemacht. Der Vorsitzende erklärte jedoch, daß nur der verantwortlich gemacht werden könne, der die Zettel angeklebt habe, nicht aber Schmidt. Der Staatsanwalt plädierte selbst auf kostenlose Freisprechung, welchem Antrag der Gerichtshof entsprach.

Der erstattete aber die ihm vom Vorsitzenden erwachsenen Unkosten und den Ausfall an Arbeitsverdienst?

Aus den Spandauer Staatsbetrieben wird uns berichtet: Nach Beendigung der Reichstagswahl, die in Spandau für sich dem Ordnungslängel trotz aller schmähtlichen Wahlbeeinflussungen eine schmerzvolle Niederlage bereitet hat, macht sich in einigen Staatsbetrieben jetzt das Spitzeltum in geradezu widerlicher Weise breit. Leute, die da glauben, sich bei ihrer Direktion ein besseres Ansehen zu verschaffen, spionieren die „anständig“ gewordenen Arbeiter aus, legen ihnen Fallstricke und denuntzieren darauf noch Herzenslust. So sind im Feuerwerks-Laboratorium bereits zwei Arbeiter solchen Spitzeltaten zum Opfer gefallen und ganz plötzlich gekündigt worden. In der Geschichtsheerei äußerte ein Arbeiter unvorsichtigerweise: „Es ist ganz gut, daß das (eine Beschwerde der Arbeiter) in die „Kategorie“ gekommen ist.“ Dies hörte der Kasserer Vardelen und brachte den unvorsichtigen Arbeiter schmucklos zur Anzeige mit dem Erfolg, daß der Arbeiter scheinbar seine Kündigung erhielt.

Die Direktionen bemühen sich offenbar kampfhafte, schon jetzt den socialdemokratischen Abgeordneten genügend Stoff für die Staatsdebatten im Reichstage zu liefern. Ihre gute Absicht soll sicher nicht enttäuscht werden!

Sitzung haben Dienstag:

Arbeiter-Kammerbund Berlins und Umgegend. 1. Vorsitzender: Julius Meyer, Richterstr. 27. Erster Kassierer: Seifert, Fildischtr. 16. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Laufferstr. 33. Nebungsstunde abends 9—11 Uhr. — „Gemeinschaft“ (Westen), Bartsch, Bülowstraße 59. — Olympia, Zimmermann, Grüner Weg 29. — „Hand in Hand“, Jurran, Raumstraße 88. — „Arbeiter“, Hagenstraße 58. — „Edelweiß“, Lippe, Weichstraße 15. — „Eho“, Minder, Linienstr. 19. — „Wiederhall“, Schmeier, Mühlstr. 21. — „Mittelmänner“, Spät, Georgenstraße 65. — „Note Kelle II“, Hofin, Ruppinerstr. 42. — „Vorwärts IV“, Schulze, Rathenow, Jägerstraße. — „Alpenrose“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Wiedergeb. Harmonie“, Rübner, Willestr. 7. — „Vorwärts VII“, Schurbaum, Karwin in der Park. — „Sangeslust II“, Hoffmann, Palenkastr. 3. — „Weiße Rose I“, Eißler, Reinickendorf, Provinzstr. 72. — „Arbeiter-Verband“, Dienste, Romanow, Ballstr. 55. — „Arbeiter-Harmonie“, Rabe, Richterstr. 29. — „Nord-Ost“, Bauer, Frankstr. 6. — „Freie Feldblume“, Schmidt, Schillerstraße 31/32. — „Einig“, Schulz, Blumenstr. 38. — „Cäcilia“, Brandenburg a. N., Betschmann, Wilhelmstraße 111. — „Schneeglöckchen II“, Potsdam, Glafer, Kaiser Wilhelmstr. 39. — „Tegilla“, Wegel, Brangstraße 136. — „Alpenrose“, Döhlenfeld, Bergstr. 60. — „Kupferhämmer“, Heinz, Weinstraße 11. — „Schulmader“, Weigmann, Andreasstr. 32. — „Frohlinn I“, Rummelsburg, Deulmig, Goethe u. Kantstr. 32. — „Vorwärts IX“, Charlottenburg, Wendt, Bismarckstr. 34. — „Freiheitskämpfer“, Behnisch, Grünstr. 21. — „Rosenthaler Vorpost“, Schmig, Brunnenstr. 150. — „Zu-

hult I“, Steglich, Schellhase, Hornstr. 15a. — „Concordia“, Hier, Müllersstr. 119. — „Rosenrot“, Böhm, Schwedenstr. 11a. — „Räumer-Gesangsverein“, Bismarckstr. X, Rauen, Paul Schulz, Chausseestraße. — „Ober-Schönweiber-Vereins“, Kaufhof, Wilhelmstr. 18. — „Georgina“, Pöcher, Grünauerstr. 14. — „Waldenauer“, Karschhoff, Gennardt, Tredow-Allee. — „Verband deutscher Gastwirthe“, An der Stadtbrunn 39 I. — „Balkire“, Riedemann, Weidenburgerstr. 49. — „Gewerkschaft der Kaiser Berlins“, Conrad, Lützen-Platz 51. — „Metallarbeiter“, Dittmann, Blumenstr. 45. — „Arbeiterverein Adlerhof“, Jechner, Oppenstraße 56. — „Vortschritt“, Hoffmann, Rastauerstr. 43. — „Gesangsverein „Lerche“, Quosch, Elagardstr. 3.

Arbeiter-Kammerbund Berlins und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebermann, Berlin, Bülowstraße 44, IV. — „Edorado“, Beck, Gröner Weg 129. — „Grüne Erde“, Urbanstr. 51, Pech. — „Ambalema“, Jorkstr. 19, Ufel. — „Neuer Berliner Kameradschaft“, Reichbergerstr. 146, Anklam. — „Domingo“, Weidenauer Kameradschaft, Reichbergerstr. 146, Anklam. — „Reinhold“, Waldemarstr. 10, Schelle. — „Neuer Helm“, Langenwedderstr. 7, Lechtmeyer. — „Blütenlust“, Gothenstraße 1, Reibitz. — „Nubiga“, Richterstr. 46, Bergog. — „Weißkopf“, Falkensteinstraße 5, Gensel. — „Gemeinschaft I“, Ranteuffelstr. 101, Gieser. — „Blau-Weiße IV“, Rüttersstr. 25. — „Rein Streit“, Jorndorferstr. 9, Knoch. — „Waldenauer“, Wilsdr. 56, Dümle. — „Edorado I“, Kleine Andreasstr. 3. — „Geranium“, Reitzner, Weidenweg 58. — „Seegras“, Vögnerstr. 18, Ranegold. — „Roldampf“, Rängebergerstraße 8, Jubler. — „Victoria“, Heller, Vorkagenerstraße 21. — „Edelweiß“, Kirdorf, Ringbahnstraße 24, Kaufner. — „Umsiedler“, Neu-Weißensee, Wilhelmstr. 2, Jemel. — „Gloria“, Schulz, Panstr. 3b. — „Jubiläum“, Neu-Weißensee, Kneudorf, Friedrichstr. 5. — „Tafel zur Höhe“, Lingar, Lurroggerstr. 10. — „Weißkopf III“, Schulz, Neu-Weißensee, Sedanstr. 21. — „Grüner Helm“, Hoff, Straßmannstraße 23. — „Kampfbund“, Kragarm, Kirdorf, Jägerstr. 69. — „Waldenauer“, Krabbenhöft, Köhlenerstraße 3. — „Freie Männer“, Profen, Kaiserstr. 136. — „Frühe Stunde“, Wilmann, Waldemarstr. 61a. — „Gemeinschaft VI“, Charlottenburg, Rummelsburgstr. 69. — „Excelior“, Reichbergerstr. 133. — „Portofino“, Gebiete, Langgasse 23. — „Einig“, Lutz, Brangstraße 86. — „Unvergagt“, Stintke, Landdörger Allee 156. — „Alter Bekler“, Kiemer, Koilbaker Damm 8. — „Kleeblatt“, Rummelsburg, Kantstr. 43. — „Gesundbrunn“, Sellenstraße 14. — „Wiederkehr“, Neu-Weißensee, Heber, Friedrichstraße 35. — „Zufriedenheit“, Kirdorf, Leisingstraße 17. — „Fidele Brüder“, Lüttenstraße 10. — „Excelior“, Lufats, Reichbergerstr. 133. — „Rose Rose I“, Lorenz, Urbanstr. 35. — „Dewoit Herne Heile“, Engler, Schulstr. 5. — „Blau-Weiße II“, Böhm, Jorndorferstr. 9. — „Solide“, Scholz, Jossenerstraße 1.

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag und Freitag: Turnverein „Fichte“, Berlin, abends 8—10 Uhr: 2 Männerabtl.: Schillerstr. 55/56; 4 Männerabtl.: Roßstr. 10; 5 Männerabtl.: Wilsdr. 16; 6 Männerabtl.: Petersburgerstraße 54; 9 Männerabtl.: Müllerstr. 168; 10 Männerabtl.: Petersburgerstraße 4; 11 Männerabtl.: Fähringerstraße 33; 1. Lehrlingsabtl.: Friedrichstr. 37; 3. Lehrlingsabtl.: Boedstr. 17/20; 6. Lehrlingsabteilung: Reichbergerstr. 67/70; 8. Jugendabtl.: Köpckestr. 36/37; 1. Damenabteilung: Mariannen-Platz 1a. 2. Damenabtl.: Kirdorfstr. 67; 3. Schülerabteilung: Roßstr. 10; 4. Schülerabteilung: 20. — Arbeiter-Turnverein „Neu-Weißensee“ im Seelaten, Leberstr. 122. Freie Turnerschaft „Stralau-Rummelsburg“, von 7—9 Uhr für Jünglinge; von 1—11 Uhr: Männer-Abteilung, Rummelsburger Volksgarten, Dauptstr. 4.

Arbeiter-Schwimmerbund. Aufstagen an R. Dangler, Burgdorferstraße 14. Abends 7 1/2 Uhr. „Neptun“, Seebad Weissenhof. — „Gul Rah“, Volks-Badestadt, Tarnstr. 85a. — „Hellas“, Dienstag und Freitag, Stralauer Allee 5.

Arbeiter-Handarbeitsbund „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Auftritte und Aufstagen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. Ab 8. Abt. Berlin, Kirdorf, Bergstraße 151/152. — „Vorwärts“, jeden Dienstag nach dem 8. und 21. Schöneberg, Weiningerstr. 8. — „Vorwärts“, Wilmersdorf, Seifnerstr. 40. — „Norden 1900“, Panstr. 33d. — „Goran I“, Dienstag nach dem 15. Landdörger Allee 40/41. — „Fisch auf“, Dienstag nach dem 1. und 15. Baumhulsenweg, Baumhulsenstr. 14. — „Etern“, Lindenmaße, bei Helau. — „Etern“, nach dem 1. und 15. bei Jordan, Alt-Landsberg. — „Luz“, Alder, Linienstr. 216. — „Obersee“, Ober-Schönweide, Wilhelmstr. 4. — „Vorwärts“, Lenke, Slamen bei Spremberg.

Central-Kammerbund. Aufstagen sind an G. Meiß, Kirdorf, Ruffstr. 23, zu richten. „Florida“, Kirdorf, Bergstr. 31. — „Korcorant“, Kirdorf, Hermannstr. 52. — „Concordia“, Kirdorf, Wilmannstr. 44. — „Zufriedenheit“, Kirdorf, Goethestr. 8. — „Alpenrose“, Kirdorf, Kirschgartenstraße 1. — „Starke Kämpfer“, Kirdorf, Hermannstr. 213. — „Blau-Weiße“, Steglich, Heesestr. 5. — „Deutsche Eiche“, Flora- und Döberitzstr. 46. — „Grüne Erde“, Fiedelau, Rheinstr. 24. — „Hand in Hand“, Brix, Chausseestr. 97. — „Hoffnung“, Wilmersdorf, Gängestr. 37a. — „Gemeinschaft“, Mariendorf, Feldstr. 14. — „Weiße Wolke“, Schmargendorf, Dreieckstr. 34.

Gesang-, Turn- und gefellige Vereine. Schönberger Theaterverein, Wilhelmshof, Oberstraße 61. — Arbeiter-Theaterverein „Vorwärts“, Otto Döbinger, Seinemünderstr. 34. — Singsänger II des Berliner Spar- und Bauvereins, Genossenschaftshaus Scheiderstr. 70. — Gesangsverein „Thalysia“, Friedrichstr. 211. — Privat-Theatergesellschaft „Brandenburg“, Englischer Hof, Neue Kottbuserstr. 3. — „Jünger“, „Einigkeit“, Mariannenstraße 19. — „Schlagwerk“, „Rennhof“, Götterstr. 30. — „Neuer Berliner Kameradschaft“, Stralauerstr. 4. — „Pundharmonika-Berein“, Symphonie“, Müllerstr. 11. — „Kammergesangsverein“, „Lobberstranz“, Kirdorf, Drankenstr. 190. — „Kameradschaft Seebader“, Berlin 190, Restaurant Zimmermann, Pappel-Allee 27.

Arbeiter-Statbund Berlins und Umgegend. Aufstagen sind zu richten an Ernst Clement, Borsdorferstr. 13. „Frohheit“, Bergmann, Götterstraße 43. — „Hoher Norden“, Harber, Elagardstr. 13. — „Unverdorben“, Ruffstr. 32.

Central-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer. Die Mitglieder der fünften Abtheilung machen wir auf die heute abend 7 1/2 Uhr im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, stattfindende Stichwahl zur diesjährigen Generalversammlung aufmerksam. Siehe Annonce.

Vermischtes.

Die verkannte Wajshwasserkanne. Sein Wahlrecht auszuüben kam ein Landmann am 16. Juni in dem Dorfe Nisse (4. Hamno. Wahlkreis) zur Urne. Einer der Besucher des Wahlvorstandes reichte ihm den mit dem Reichsadler geschmückten Umschlag. Ganz verduht schaut der Wähler das Ding an, läßt sich jedoch dann vom Wahlvorstande belehren, daß er die neben dem Saal als Isolierraum dienende Schlaftammer zu betreten, den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken und dann wieder heraus zu kommen habe. Der Wähler tritt aus dem Isolierraum heraus. Als er der Wahlstirn zukreicht, fordert der Vorstand den Zettel. „Den hätte ich all in jellen!“ — „Wo denn?“ fragt der Vorstand. — „In de Kamer“, antwortet der Landmann. Dann stellte sich heraus, daß das Häuerlein die auf dem Wajshhisch stehende halb gefüllte Wasserkanne für die Urne angesehen hatte. Zum Gaudium der Anwesenden holte man den total durchnässten Kandidaten aus der Kamme hervor.

Briefkasten der Redaktion.

Plat justitia. Gr. Richterfeld-Süd, Boninstr. 3. Vormittags. Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentag: 7 Uhr. A. G. 100. Rein, da nicht für wenigstens 200 Wochen Karten geliebt sind. — P. u. B. 1. Um 100 Proz. 2. Um 500 Proz. — S. 29. Königswasserkanne. Das Recht, Eigentum erwerben, flagen zu können usw., als ob der Verein oder die Gesellschaft eine Person wäre. — M. 47. Die zweite Ehefrau bezieht ihren Mann, nicht aber ihre Vorgängerin. Kommt das bürgerliche Gesetz zur Anwendung, so erbt sie zu 1/2. — C. B. 37. 1. Ist ein außerordentliches Kind nach dem 31. Dezember 1899 geboren, so hat der Vater bis zu dessen zurückgelegtem 16. Lebensjahre Alimente zu zahlen. 2. Unrechtheliche Kinder werden ihre Mutter, nicht aber ihren Vater. 3. Rein. 4. Rein. 5. Etwa 15 bis 25 Mark monatlich. — W. 9. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja, etwa 1 Mark. 4. Ja, etwa 30 Mark.

Witterungsübersicht vom 6. Juni 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (t. C. u. F. H.)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (t. C. u. F. H.)
Ostprende	756	SE	3bedekt	19	Gagaranda	756	R	4bedekt	16
Damberg	755	ED	2bedekt	18	Peterburg	760	SE	5bedekt	14
Berlin	755	SE	2bedekt	18	Corf	705	RWB	5bedekt	13
Frankf.a.M.	756	SE	4bedekt	20	Aberdeen	—	—	—	—
München	761	W	5bedekt	18	Paris	760	SE	2bedekt	18
Wien	759	Stil	—wollig	21	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. Juni 1903. Etwas kühler, zunächst meist trübe und regnerisch, bei ziemlich frischem westlichen Winden, später langsam aufläuternd. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5.

Verwaltungsstelle Berlin.

Fernsprecher Amt VII, 353.

Mittwoch, den 8. Juli 1903, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseest. 103:

Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Die infolge der Verbandstagsbeschlüsse notwendigen gänzungswahlen zur Ortsverwaltung. 3. Wahl der Verwaltungsstelle für den dritten Bezirk. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 118/13

118/13
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer!

Mittwoch, den 8. Juli cr., abends 9 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:

Baudeputierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie sind die Mißstände auf den Bauten zu beseitigen?
2. Organisation und Agitation.
Wir erwarten, daß jeder Bau durch einen Deputierten vertreten ist.

143/2
Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke u. Branchen.

Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über den in letzter Versammlung gestellten Antrag.
Die Kollegen sind verpflichtet, aus jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu entsenden. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. 84/10
Die Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlungen finden nächste Woche statt.
Die Ortsverwaltung.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. - Ortsverwaltung Berlin II.

Achtung! Fensterputzer! Achtung!

Donnerstag, den 9. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das rigorose Gebahren der Unternehmer gegen ihre Arbeiter und wie schaffen wir Abhilfe? Referent: H. Gebert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 03/6
Der Bevollmächtigte.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhwarenindustrie und des Schuhmachersgewerbes.

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseest. 103 (großer Saal):

Große öffentliche Versammlung

der in den Schuhwarenfabriken und in dem Schuhmachersgewerbe thätigen Personen.
Tages-Ordnung: 1. Der Lohnkampf der Friedrichshäger Schuhmacher und die Stellung der gesamten Kollegschaft zu demselben. 2. Verschiedenes. 170/4
Die Agitationskommission.

Les- und Diskutierklub „Süd-Ost“.

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Toltsdorf, Göliserstr. 58: Sitzung.

Vortrag.

Die revolutionäre Bewegung in Rußland.
Zahlreicher Besuch erwünscht. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Neue freie Volksbühne. Achtung! Mitglieder.

Die erste ordentliche Vereins-Vorstellung des neuen Spieljahres findet für die I. Abteilung am 6. September, für die II. Abteilung am 13. September und für die III. Abteilung am 20. September, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater statt.

Zur Aufführung gelangt: **Nachtspl.** Drama von Maxim Gorki.
Der Umlauf der Mitgliederkarten muß bis zum 15. August erfolgt sein. Eine neue Abteilung wird im September eröffnet. Anträge auf Aufnahme von Mitgliedern werden in allen Zahlstellen entgegengenommen.

Sonnabend, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Berliner Theater (Romy-Oper):

„Fidelio“.

Oper von Beethoven.
Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Zar und Zimmermann.

Oper von Albert Lortzing.
Karten a 1 M. sind in allen Zahlstellen zu haben:

- Zahlstellen:
H. Rest, Beteranenstr. 6.
Knapp, Grünthalstr. 5.
Reich, Prenzlauer Allee 215.
H. Knapp, Brannenstr. 122.
H. Kleinau, Gerichtstr. 4.
Scholle, Landwehrstr. 6.
D. Grubandt, Potsdamerstr. 26.
Beder, Gohlisdorferstr. 9.
Bach, Ködernerstr. 120.
Landgraf, Neuenburgerstr. 15.
Wartmann, Belle-Alliancestr. 78.
Wolff, Kommandantenstr. 62.
150/12 Der Vorstand. J. H. Meier, Noft, Kaffeebar, Beteranenstr. 6.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und überaus kostbaren Spenden anlässlich der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders, des Lithographen
Roman Wallicht,
sagen wir allen lieben Freunden, Bekannten und Kollegen, besonders der Lithographen-Filiale III Berlin, dem Socialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem General-Verband d. Lithographen, Kupferstechern und Steinbildnern der Firma Wilhelm Grebe, den Kollegen der Firma J. Werke u. Co., und insbesondere Herrn Dübel, dem Vorsitzenden der Lithographen-Filiale III Berlin, für die zu Herzen gehenden Worte am Sarge des Entschlafenen unsern innigsten, herzlichsten Dank.
24265 Familie Wallicht.
Dr. Simmel, Preußen-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 8/17
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.
Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradehältern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Spezialist für Orts- u. Hilfs-Krankenhefen.
Berlin C., 20002
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belegungen, angenehm und weich am Körper.

Freie Vereinigung der Zeitungs-Spediteure u. Verkäufer Berlins.
Am 4. Juli starb plötzlich unser Mitglied
Witwe Kettner.
Ehre ihrem Andenken.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 7. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
20558 Der Vorstand.

Künstl. Zähne,
tadellose Ausführung
von 3 M. an, Plomben von 2 M. an.
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Bereitete dieses erhält: 4 M. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 M., unter 20 M. 2 M. 20512
Teilhaltung gestattet.

Versuche Dein Glück!
in dem bekannten vom Glück begünstigten Bank- u. Lotteriegesch.
J. Rosenberg,
Kommandantenstr. 51.
Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen aller Geldlotterien.
Brissoner Pferde-Lose a 1 M.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Morgen, Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wolfheim über: „Das Erdinnere und die vulkanischen Ausbrüche“. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht die Ortsverwaltung.
24/12

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (6. Wahlabteilung.)

Heute, Dienstag, den 7. Juli 1903, abends 7 1/2 Uhr:

Versammlung

im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23.
Tages-Ordnung: Stichwahl zu der am 13. Juli in Düsseldorf stattfindenden Generalversammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.
Das Wahlbureau. J. H. S. Hertig.

Fordern Sie Dänischen
Anker-Kautabak
feinste Marke, 5 u. 10 Pf. Schleifen u. Rollen.
Echt nur, wenn in jedem Stück d. Anker-Zettel liegt.
Niederlage: Carl Röcker, Grüner Weg 8, Ant 7, 3861.
Hauptniederlage: Nordhäuser Kautabake, Schnupftabake — Rauchtabake.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Reparatur, gutes Geschäft, breites Sortiment zu verkaufen. Winter, Werkstr. 13, vorn II. 148*
Materialwaaren-Geschäft in der ersten Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 84. 20876
Bauhof Wildau, bei Neuthen, Sothelme, Schmalztopfabrik, Gölserstr., hochgelegene prachtvolle Baustellen, gute 20 Acker, ohne Anzahlung, nur Rinsen 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abichlung. Dornblatt, Gastwirt, Hohenlehma. 17018*
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Vorjährige elegante Herren-Feilhäute- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 17198*
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bremen, Ostfrieser Markt 4, Bahnhof Vorle. 88/2*
Spottdilig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Porzellan, Gläser, Anzüge, Remontoirnähren, Uhrketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder, Leihhaus Randerstraße 6. Teilhaltungen gestattet.
Steppdecken, spottdilig, Fabrik Weinstadt 20. 177*
Fahrräder, Teilhaltungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stillerstr. 40.
Fahrräder, modern, leichtlaufend, mit Zubehör, ganz billig veräußert. Große Frankfurterstr. 14 im Keller.
Nähmaschinen, Fahrräder, gebraucht, nagelneue, Reservenwahl, spottdilig, Planbleichhaus, Engelstr. 20. 28886
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langjährig, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. G. Hellmann, Gohlisdorferstr. 26, nahe der Randerbergstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 17278*

Gobelände billig. Diawig, Kochstr. 76. 24155
Teppiche mit farbenschönen Mustern, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Strickmaschinen, auch Teilhaltungen, Weeber, Engel-Ufer 20.
Gavananlage, Felzbrasil und Sumatrabadblatt für 3,30 das Hundert offeriert ein leistungsfähiger Cigarrenfabrikant an Händler. Offerten I. 4 Expedition. 21685*
Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Hühner, Haarfarbe-Weberhersteller, unübertrefflich, Preis 50 Pf. Charlottenstraße 3, parterre. 24196*
Für Gemüsedändler! Täglich frisch gepökelte Schoten liefert per Bahn eilfertig bis Berlin 50 Kilo 7 Mark. Nachfrage. Karl Koch, Perpschleuse. 24206
Grünes! Kolonialwaaren, Obst, Gemüsegeschäft, Rolle veräußert. Tageslohn 50,00. Anfragen: Restaurationsknecht, Köchlerstr. 48. 24276
Selbstgefertigte Damenkonfektion, Sacco, Blusen, Kinderjacken, Kostümröcke jetzt halbe Preise. S. Rittauer, Brunnenstraße 3, I. geradweg. 24285
Tunne Stare, Kreuzstraße 9, 0,90, Zugschinken 1,50. Randerbergstr. 42. 17542
Nähmaschinen, Singer, Ringelmann 25,00, Brunnenstraße 91.
Barbier- und Friseurgeschäft, sieben Jahre bestehend, andere Unternehmungen halber billig zu verkaufen. Bogenhagenstraße 6. 1469
Ringelmann, Bobbin, Schneidnähren, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Adolfsstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 1497*

Verschiedenes.
Verloren wurde in der Nacht zum Sonntag von der Weinstadt bis zur Waldemarstraße ein Leinwandbeutel mit circa 120 Mark. Der ehrliche Finder wird gebeten, seine Adresse „Botenpost“-Expedition, Kaufinger Platz, abzugeben. 1715
Verfahle, lesen 5 Pf., Chausseest. 121. 24066

Patentanwalt Dammann, Drientalstraße 57, Kochplatz, bis abends 23335*
Stellengesuche, Dittgenhage fertigt billigst Postkarte 25, I geradweg 3 bis 9. 23325*
Kunststofferei von Frau Kadosch, Steinfeldstraße 48, Energiegebäude hochparterre.
Wetten reinigt täglich, Preis nur 3 Mark. Reklaf, Alte Jakobstraße 57.
Fahrradgeschäft, auch leicht, Kaplaff, Schönhauser Allee 163a. 91/1*
Vereinszimmer zu vergeben, Potsdamer Platz 8. 145*
Vereinszimmer, Kirch, Kaufingerstraße 46. 174*
Vereinszimmer Leng, Alte Jakobstraße 69. 17572*
Vereinszimmer, Hier, Alte Jakobstraße 119. 17552*
Vereinszimmer, 40 Personen, Pianino, einige Tage frei. Frölicher, Fehndorferstraße 130. 24336*
Schneider-Zuschuldsle la... Bamberg, Alte Jakobstraße 1. 24245
Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Materietzung. Hall, Brunnenstraße 2, I geradweg. 24365*
Rechtsbureau, langjährige Erfolg. Gräter Weg vierundzwanzig (Hindenburgplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Materietzung. 24305*
Parteiengasse wünscht halbjährliches Darlehen, 125 Mark. (Sicherheits-) Gefällige Offerten unter Rob. S. Postamt 8. 32. 1121

Sommerwohnung, direkt am Walde, vermietet zur Dramenburg-Sandhausen, Rohlstraße. 197
Zimmer,
Möbliertes Zimmer an Herrn. Adalbertstraße 10, Witwe Garth.
Schlafstellen.
Schlafstelle bei Ede, Friedrichsbergstraße 19. 24315
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Kassabote, 25 Jahre alt, Parteilose, sucht Stellung. Offerten erbitte unter W. 4 an die Expedition dieses Blattes. 24250
Ein tüchtiger Vater, 50 Jahre alt, verheiratet, sucht Stellung. Stallerstraße 70a, Hof IV. 115
Stellenangebote.
Blaschleifer auf Bogenscheiben-Facetten verlangt Feder, Pringensstraße 32. 9/9*
Einen Schläger verlangen Ober u. Bernann, Randerstraße 4. 21345
Zehrling, tüchtigen, sucht Maschinenfabrik Große Frankfurterstr. 88.
Tüchtiger Dreher für Arbeiter-Gewerkschaft wird gesucht zu freieram. Offerten unter A. L., Postamt 59, Köchlerstr. bis Mittwoch abzugeben. 24175
Morgenrot-Arbeiterin und Buchhalterin verlangt Reumann, Baderhorstraße 64. 1114
Manneils auf Sacco, 1,35 bis 1,75 Mark, verlagte Buchholz, Randerstraße 4a. 179*
Größeres Mädchen tagsüber für Kinder. Reine, Bernauerstraße 47b.
Einlegerinnen und Feder-Kassabereitinnen verlangt Rawrath, Ballstraße 27.

Achtung, Holzarbeiter!
Zug und der Gantischlerei C. Kortüm, Randerstraße 21, ist streng fernzuhalten.
83/5 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kürschner!
Zu den bereits bewilligten 44 Firmen kommen folgende 6 der Reichsanzeige hinzu, so daß jetzt bei 50 Firmen 712 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden:
F. Schäfer, Stiller Wilhelmstr. 30.
H. Itzig, Neue Königsstr. 4.
E. Sarkowsky, Randerstr. 24.
J. Dalmir, Neue Köfstr. 8.
R. Mühl, Alte Jakobstr. 93.
H. Schack, Randerbergstr. 85.
Nicht bewilligt haben und infolgedessen gesperrt sind folgende Firmen:
Reichsanzeige:
E. Naumann, Jerusalemstr. 26.
A. Doll, Riederstraße 5.
A. Marschall, Gertraudenstr. 13/14.
W. Reinick, Neue Friedrichstr. 9/10.
Jacob u. Landsberger, Riederstr. 10.
Wohlmann & Co., Spittelmarkt 11.
A. Stiller, Jägerstr. 25.
D. Lewin jun., Neue Friedrichstr. 80.
F. Girke, Potsdamerstr. 111.
J. Basil-Iwanow, Breitenstr. 3.
Perinberg, Kronenstr. 21.
L. Bauchwitz sen., Neue Königsstr. 85.
Herschig Söhne, Leipzigerstr. 11.
Jankowitz, Danzowgasse-Platz 5.
A. S. Segall, Oberwallstr. 19.
J. Geisler, Alexanderstr. 8a.
Krimso u. Baulz, Randerbergstr. 27a.
Mützenbranche:
Jellenick, Blumenstr. 79.
W. Nix, Garnstr. 41a.
J. Hölzlmann, Neue Königsstr. 10.
J. Kranich, Randerstr. 33.
H. Soujon, Prenzlauer Allee 217.
Pötter, Fehndorferstr. 8.
Zur Entscheidung kommen im Lauf dieser Woche folgende Firmen:
Grothmann, Sandstr. 73.
Goldsteins Sohn, Alexanderstr. 122.
F. Darns, Randerstr. 15.
F. Mantel, Randerstr. 13.
Schmidt Nachf., Gohlstr. 18, Antstr. 1.
Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen dringend, nur durch unsere Arbeitsnachweise (Herrn W. Marquardt, Randerbergstr. 19) Arbeit nachzusuchen.
Der Vorstand
des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. 102/7*
J. H. Granel, Randerbergstr.